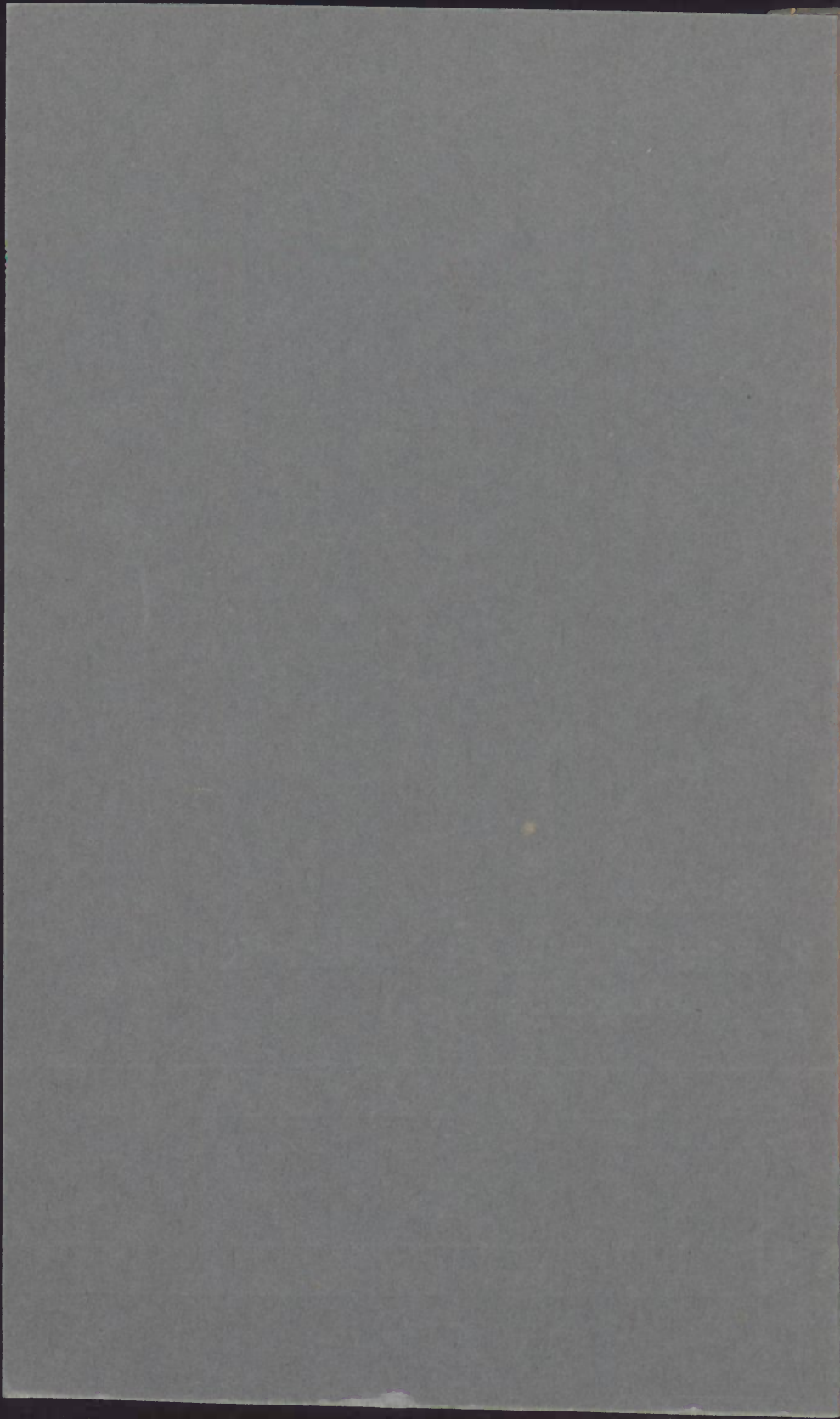


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

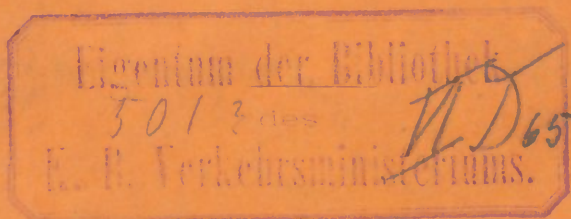
B 29732



unl 60
297 26
XXVIII 256/6
Betheiligung am Gewinne

und

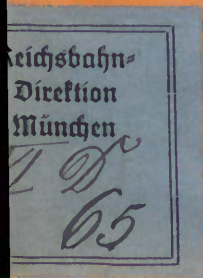
Nationalversorgung.



Von

Dr. Hermann Scheffler,
Oberbaurath.

Braunschweig,
und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.
1876.





Betheiligung am Gewinne

und

Nationalversorgung.

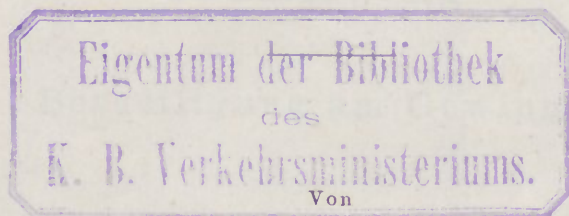
II D 65

8

Betheiligung am Gewinne

und

Nationalversorgung.



Dr. Hermann Scheffler, = 00

Oberbaurath.

12/6.40

Bad 1466 Wissenschaft 21. 6. 40
Kiel 2

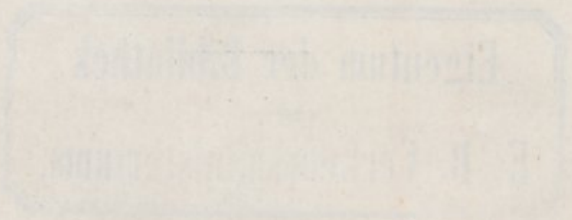
Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1876.

Beitrag zur Theorie der Nationalökonomie

Nationalökonomie



Dr. Hermann Scheller

Leipzig, 1875

Leipzig, 1875
Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn
1875

I.

Prämiirung

und

Betheiligung am Gewinne.

Die Prämiirung der Ersparnisse an Material, Arbeitskräften und Geld unter gleichzeitiger Anwendung von Maassregeln, welche geeignet sind, die Sicherheit, die Solidität und die Ordnung zu gewährleisten, ist ein in fast allen Gebieten der Industrie, namentlich im Eisenbahnwesen, so allgemein eingeführtes Verfahren, dass es unnöthig erscheint, die generelle Zweckmässigkeit desselben ausführlich zu begründen. Ich beschränke mich darauf, nachzuweisen, welche Ausbildung diese Einrichtung im Braunschweigischen Eisenbahnwesen erlangt hat und wie dieselbe hier gehandhabt wird.

Die zuerst und zwar im Jahre 1848 eingeführte Prämie ist die Kohlenprämie für die Ersparnisse am Brennmaterial der Lokomotiven. An derselben partizipiren die Lokomotivführer und Heizer. Sie belief sich im vorigen Jahre auf 18 000 Thaler, während die Gesamtkosten des Brennmaterials 330 000 Thaler betrugen, machte also $5\frac{1}{2}$ Prozent dieser Gesamtkosten aus. Selbstredend schwankt dieser Prozentsatz, da die Ersparnisse nicht immer dieselbe ist; im Jahre 1874 belief er sich auf 4 Prozent.

Die Kohlenprämie wird nur für diejenigen Fahrten gewährt, welche in der fahrplanmässigen Zeit befördert sind und nur für diejenigen Züge, in welchen alle zur Beförderung bestimmten Wagen mitgenommen werden. Ausserdem ist das Nachholen von Verspätungen durch reglementswidrig rasches Fahren nicht bloss bei Verlust der Prämie, sondern bei einer extraordinären Strafe von 10 Thaler für jeden Fall verboten.

Scheffler, Betheiligung am Gewinne.

Bei der Einführung der Kohlenprämie wurde das für eine bestimmte mechanische Leistung zu bewilligende Kohlenquantum nach dem in der Vorzeit stattgefundenen wirklichen Verbräuche bemessen. Die Wirkung der Prämiiung zeigte sich in einem nachhaltigen Minderverbräuche.

Im Jahre 1859 wurde die Prämiiung der Ersparniss an Schmiermaterial für Lokomotiven und Wagen eingeführt. An derselben nehmen ausser den Lokomotivführern und Heizern die mit dem Schmieren der Wagen beauftragten Arbeiter Theil. Die Prämie betrug einschliesslich der Prämie für Ersparniss an Putzmaterial im vorigen Jahre 3000 Thaler.

Die Schmierprämie wird nur gezahlt, wenn keine Axe an der Lokomotive oder an einem Wagen oder ein sonstiger Maschinentheil heiss läuft oder ungebührlich abgenutzt wird. Es wird vielmehr in einem solchen Falle eine Geldstrafe von 3 Thaler für jede heisse Lokomotivaxe und von $\frac{1}{2}$ Thaler für jede heisse Wagenaxe zuerkannt.

Die Einführung der Schmierprämie hatte den Effekt, dass der Verbrauch unter die Hälfte des bis dahin stattgefundenen Verbrauches herabsank.

Seit dem Jahre 1859 ist auch die soeben schon erwähnte Ersparniss an Putzmaterial für Lokomotiven und Wagen mit gutem Erfolge prämiirt worden.

Im Jahre 1873 ist eine Prämie für Ersparungen an den Ausgaben für Bahnhofsarbeiter eingeführt, an welcher die Stationsvorstände und Bahnhofsauferer theilnehmen. Die darauf entfallene Prämie ist bis jetzt unerheblich gewesen.

Im Jahre 1873 ist sodann die Auffindung von Ax- und Reifenbrüchen prämiirt, an welcher jeder Arbeiter theilnimmt, der einen solchen Bruch entdeckt.

Im Jahre 1874 ist die Ersparniss an Beleuchtungsmaterial auf den Bahnhöfen prämiirt, an welcher die betreffenden Arbeiter partizipiren. Die Prämie hat sich nur auf 150 Thaler erhoben.

Im Jahre 1875 ist eine Prämie für die Auffindung von Schienenbrüchen eingeführt, an welcher diejenigen Arbeiter theilnehmen, welche einen solchen Bruch entdecken. Diese Prämie hat sich im vorigen Jahre auf 220 Thaler belaufen.

Im Jahre 1874 ist damit begonnen, die Ersparniss an gewissen Kosten der Unterhaltung der Bahn und der Betriebsmittel zu prämiiren. Im Jahre 1875 ist dieses Prämiensystem erweitert und auch auf die Unterhaltung der Telegraphenanlagen ausgedehnt. Die Tragweite dieser Ersparnissprämie und die gegen den Missbrauch aufgerichteten Schranken ergeben sich aus den betreffenden Reglements, welche für die drei in Frage kommenden Verwaltungszweige in den prinzipiellen Bestimmungen gleichlautend sind, von welchen es also genügt, eines mitzutheilen. Das für die Unterhaltung der Bahn im Jahre 1876 erlassene Reglement lautet folgendermaassen:

R e g l e m e n t

über die Prämiirung der Ersparnisse bei Unterhaltung
und Erneuerung der Bahn und Gebäude.

1. Für Ersparnisse an den behuf Unterhaltung und Erneuerung der Bahn, der Drehscheiben, Rolltische und Weichen, sowie behuf Unterhaltung der Bahnhöfe und Gebäude im Jahre 1876 aufzuwendenden Kosten soll den Inspektionsvorständen, Assistenten und Aufsehern eine Prämie unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt werden, dass die Bahn mit den genannten Nebenanlagen in durchaus normalem Zustande erhalten wird, dass also die Ersparnisse durch Beschränkung der ständigen Arbeiterkolonnen auf das durch die Umstände gebotene Maass, durch rechtzeitige und schleunige Verminderung dieser Kolonnen bei dem Wechsel der Jahreszeiten, der Witterungsverhältnisse und des Zustandes der Bahn, durch Heranziehung tüchtiger und Ausscheidung untüchtiger Kräfte, durch zweckmässige Anordnung und Vertheilung der Arbeiten, durch gehörige Beaufsichtigung und überhaupt durch eine gute Leitung, nicht aber durch Verabsäumung nothwendiger Unterhaltungsarbeiten und Erneuerungen erzielt werden.

2. Die Ausgabebeträge pro 1876, deren Nichterreichung prämiirt werden soll, sind durch die Etats festgestellt.

Diese Beträge beziehen sich auf die gesammten Kosten für Löhne und Lieferungen, also auf sämmtliche Ausgaben, welche der Natur der Sache nach auf die betreffenden Kapitel zu verrechnen sind, ausschliesslich der auf diese Kapitel zur Anweisung kommenden Ersparnisprämien selbst.

3. Ausgeschlossen von der Prämiirung werden diejenigen, als selbstständige Ausführungen in den Spezialetats bezeichneten und veranschlagten Objekte, welche gar nicht oder in reduzirtem Maasse zur Ausführung kommen, unter Anderem die Umbauten der Gleise in zusammenhängenden Längen, die Einlegung ganzer Weichen, die Anlegung neuer Wege, Perrons und dergleichen. Bei dem Ausfalle solcher Objekte wird auch die vorstehende Bewilligung angemessen reduziert.

Dagegen werden die bewilligten Summen für solche extraordinären Anlagen, welche nicht veranschlagt, aber direktionsseitig besonders genehmigt sind, angemessen erhöht.

Bei der Anrechnung des Werthes der neuen und alten Materialien wird das nämliche Berechnungsprinzip befolgt, welches der Veranschlagung zu Grunde liegt, selbst wenn die Buchführung zu einem anderen Verfahren nöthigte. Insbesondere werden die von den Walzwerken unentgeltlich gelieferten Garantieschienen mit dem Werthe neuer Schienen in Ausgabe gestellt.

4. Unter den gemachten Voraussetzungen wird den Inspektionsvorständen, ihren technischen Assistenten und den Bahn- resp. Bauaufsehern eine Prämie bewilligt, wenn sich im Jahre 1876 die Ausgabe für die vorhin erwähnten Kapitel niedriger als die sub 2 aufgeführten Beträge stellen.

Die Prämie soll in Rücksicht auf die Unterhaltungskosten 10 Prozent, in Rücksicht auf die Erneuerungskosten 5 Prozent der Minderausgabe betragen.

5. Die Repartition der erzielten Prämien soll wie folgt geschehen:

a. Von der bei Unterhaltung der Gebäude erzielten Prämie erhalten die betreffenden Inspektionsvorstände $\frac{7}{10}$, die technischen Assistenten und Bauaufseher zusammen $\frac{3}{10}$.

Die Vertheilung des letzteren Betrages unter die Assistenten und Aufseher geschieht auf Vorschlag der Inspektionsvorstände durch eine besondere Verfügung.

b. Von der bei Unterhaltung der Bahnen und Bahnhöfe erzielten Prämie erhalten die betreffenden Inspektionsvorstände $\frac{2}{10}$, die technischen Assistenten und Bahnaufseher einer jeden Inspektion zusammen $\frac{8}{10}$, und zwar die Assistenten $\frac{1}{10}$ und die Aufseher $\frac{7}{10}$.

Die Vertheilung des letzteren Betrages unter die Assistenten geschieht durch besondere Verfügung wie ad a.

Der für die Bahnaufseher einer jeden Inspektion ermittelte gemeinschaftliche Prämienantheil soll nicht gleichmässig unter sie vertheilt werden, es sollen vielmehr, um Tüchtigkeit und gute Dienstführung auszuzeichnen, die betreffenden Aufseher ihrer Qualifikation nach in drei Klassen getrennt werden. Die mittlere Klasse soll die für die Aufseher sich ergebende durchschnittliche oder normale Prämie, die erste aber 20 Prozent mehr, die dritte 20 Prozent weniger erhalten. Hieraus folgt, dass die Anzahl der Aufseher in der ersten und dritten Klasse eine gleiche sein muss.

c. Die Prämien für Ersparung an den Erneuerungskosten erhalten die betreffenden Inspektionsvorstände.

6. Die Prämien werden am Jahresschlusse, wenn die Ausgaben mit Sicherheit zu übersehen sind, ermittelt und nach erfolgter Berichterstattung durch die Direktion festgestellt. Ausgezahlt an die Empfänger wird jedoch sofort nur die Hälfte der erworbenen Prämie, während die andere Hälfte bis zum Ende des nächsten Jahres im Depositum gehalten und alsdann nur für den Fall gezahlt wird, dass bis dahin kein Verstoß gegen die Bedingungen dieses Reglements, namentlich in Beziehung auf die Solidität der ausgeführten Arbeiten zu Tage tritt.

Wer sich am Jahresschlusse nicht im Dienste der Braunschweigischen Eisenbahnverwaltung befindet, hat keinen Anspruch auf die Prämie; es bleibt der Direktion überlassen, wie weit sie auf den Betreffenden Rücksicht nehmen will.

7. Wenn sich am Jahresschlusse eine Überschreitung der ausgeworfenen Ausgabe ergibt; so wird dieselbe an den Ersparnissen des

nächst folgenden Jahres gekürzt, ehe eine Prämienzahlung erfolgt, insofern die Prämiiung in dem folgenden Jahre überhaupt fortgesetzt wird.

8. Sobald die Bahn, resp. die Gebäude oder sonstigen Zubehörungen nach dem Urtheile des Bahndirektors oder eines ausführenden Oberbeamten oder des Oberbetriebs-Inspektors oder nach Ausweis der Rapporte der Lokomotivführer oder nach der Wahrnehmung eines Mitgliedes der Direktion oder auf Grund irgend eines anderen zuverlässigen Zeugnisses in einen nicht vollkommen befriedigenden Zustand kommen sollten, wird die Prämie für das betreffende Jahr, wenn es sich um eine geringe und bald beseitigte Unregelmässigkeit handelt, auf die Hälfte herabgesetzt, und wenn es sich um eine grössere oder längerdauernde Unregelmässigkeit handelt, ganz innebehalten.

9. Dieses Reglement gilt für das Jahr 1876. Ob und mit welchen Modifikationen dasselbe in den späteren Jahren fortbestehen soll, bleibt weiterer Bestimmung vorbehalten.

Ebenso behält sich die Direktion vor, falls sich durch die Prämiiung der Ersparnisse irgend welche Missstände ergeben sollten, dieses Prämienreglement zu jeder Zeit im Jahre aufzuheben, und die Prämiiung mit dem Tage der Aufhebung abzuschliessen.

10. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, dass das vorstehende Prämienreglement alle Dienstpflichten, Befugnisse und Ressortverhältnisse der einzelnen Beamten durchaus ungeändert lässt, dass also ein Jeder für die gewissenhafte Erfüllung aller seiner Pflichten, insbesondere für die vorschriftsmässige und zweckmässige Ausführung der Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten ebenso verantwortlich bleibt, wie wenn dieses Reglement gar nicht bestände.

Aus dem vorstehenden Reglement geht hervor, dass durchaus keine Ersparniss auf Kosten der Solidität gestattet ist, dass auch die Ersparnissprämie überhaupt nur gewährt wird, wenn sich der Zustand der Bahn als ein durchaus normaler erweist und dass eine grosse Zahl von unbetheiligten Instanzen zur Überwachung dieses Zustandes und gewissermaassen als Richter über die Fälligkeit der Prämie bestellt sind.

Hierzu kommt noch, dass neben dem Prämienreglement zur Wahrung der Sicherheit der Bahn ein ganz besonderer Erlass über die Verantwortlichkeit wegen Unterhaltung des Schienengleises vom 8. März 1873 besteht. Durch diesen Erlass, welcher bei einer früheren Gelegenheit veröffentlicht worden, ist das gesammte Dienstpersonal eingehend auf seine unverbrüchlichen Pflichten behuf Erhaltung aller Theile der Bahn in einem guten Zustande hingewiesen und sind ihm die einschlagenden Bestimmungen der betreffenden Instruktionen, Verordnungen und Gesetze, unter Anderem des Strafgesetzbuches eindringlich eingeschärft.

Aber nicht bloss den Geboten der Sicherheit und der Solidität, sondern, soweit es die Reduktion der Arbeiterkolonnen betrifft, auch denen der Humanität ist in gebührender Weise Rechnung getragen. Der Abge-

ordnete Bebel hat zwar ohne genügende Information, gestützt auf die Behauptungen der hiesigen sozialdemokratischen Presse, in einer vor Kurzem im Reichstage gehaltenen Rede die Verwaltung der Braunschweigischen Bahnen der Rücksichtslosigkeit gegen ihre älteren Arbeiter beschuldigt: allein alle diese Behauptungen, dass man zur Erzielung von Ersparnissen die älteren Arbeiter entlasse, ohne auf ihre langjährigen Dienstleistungen menschliche Rücksicht zu nehmen, sind leeres Geschwätz, welches ich, als es nicht bloss zu einem Gegenstande der Zeitungspolemik, sondern sogar der Reichstagsverhandlungen geworden ist, hier ausdrücklich zu widerlegen mich veranlasst sehe.

Zu dem Ende hebe ich hervor, dass sich die hiesige sozialdemokratische Presse ganz unnöthiger Weise in Zorn geredet hat nicht über eine Sache, sondern über einen Ausdruck, welcher in keinem offiziellen Schriftstücke der Braunschweigischen Bahnverwaltung, sondern nur in einer Randbemerkung einer Anlage eines Privatbriefes vorkommt, um daselbst eine kurze Hinweisung auf eine der zur Erzielung von Ersparnissen in Anwendung gebrachten Maassregeln zu geben: es ist der Ausdruck „Ausmerzung der alten Arbeiter“.

Die dessfallsige Verfügung, auf welche mit jenem Ausdrücke hingedeutet wurde, betrifft nun durchaus nicht die sogenannten ständigen, d. h. die zu dauernden Geschäften angenommenen, also überhaupt nicht die im Bahndienste alt gewordenen Arbeiter, sondern sie betrifft lediglich die zeitigen oder zu vorübergehenden Geschäften (zum Nachstopfen der Gleise, Planiren der Bankets und Böschungen, Erdarbeiten, Reinigung der Gräben und Kanäle, Abschlämmen der Wege u. dergl.) angenommenen, also nur solche Arbeiter, welche nach einiger Zeit, nämlich nach Vollendung der betreffenden Arbeit immer wieder entlassen werden müssen.

Jene Verfügung hat wesentlich den Zweck, zu erreichen, dass zu den gedachten Geschäften keine stärkeren Arbeiterkolonnen herangezogen werden, als unbedingt nöthig ist, und dass dieselben aus möglichst tüchtigen Kräften zusammengesetzt werden. Demzufolge giebt jene Verfügung eine Norm für die Theilnahme der Arbeiter, welche älter als 65 Jahr sind, an dem von der ganzen Kolonne in Akkordarbeit verdienten Lohne, indem sie vorschreibt, dass solche Arbeiter, soweit sie überhaupt zur Bahnarbeit befähigt sind, mit einem um 5 Prozent für jedes höhere Lebensjahr reduzierten Einheitssatze in Rechnung kommen sollen, sodass ein 75jähriger Arbeiter die Hälfte des durchschnittlichen Verdienstes empfängt und dass endlich Arbeiter über 75 Jahr gar nicht mehr bei der Bahnunterhaltung beschäftigt werden.

Entlassen ist in Folge der vom 19. April 1874 datirenden Verfügung Niemand, weil thatsächlich keine Arbeiter von mehr als 75 Jahren bei den fraglichen Arbeiten beschäftigt waren, die sonstige Reduktion der Arbeiterkolonnen aber lediglich durch das obwaltende Bedürfniss bedingt ist.

Die vorstehenden Bemerkungen werden genügen, um die Grundlosigkeit der gegen die Braunschweigische Bahnverwaltung gerichteten Anklagen wegen inhumanen Vorgehens gegen die Arbeiter zu widerlegen, und wende ich mich nunmehr zu dem Resultate der Ersparnissprämien im verflossenen Jahre 1875.

Auf die Kosten der Unterhaltung und Erneuerung der Bahn, der Betriebsmittel und der Telegraphen, welche im Vorjahre 1874 überhaupt 967 000 Thaler betragen hatten und pro 1875 zu 1 042 000 Thaler etatmässig veranschlagt, jedoch durch die Direktion auf 933 000 Thaler reduziert waren, ist eine Ersparniss von 218 000 Thaler eingetreten und demzufolge eine Prämie von 19300 Thaler entfallen. Diese Prämie macht 1·8 Prozent der etatmässigen oder 2 Prozent der reduzierten Anschlagssumme aus. Der ganze Betrag der Ersparnissprämie für alle technischen Leistungen erreicht also für das Jahr 1875 die Höhe der Kohlenprämie; der Prozentsatz von der Ausgabe erreicht jedoch etwa nur den dritten Theil des der Kohlenprämie entsprechenden Satzes.

Von der vorstehenden Prämie kommen den Oberbeamten oder Inspektionsvorständen 7300 Thaler und den Assistenten, Aufsehern und Werkführern 12 000 Thaler zu. Die durchschnittliche Prämie für einen Inspektionsvorstand beläuft sich auf 730 Thaler; für die Aufseher und Werkführer liegt sie zwischen 140 und 230 Thaler.

Für den Einzelnen mögen die im Jahre 1875 sich ergebenden Maximalsätze ziemlich hoch erscheinen; es ist jedoch wesentlich zu betonen, dass dieses Jahr in der Geschichte des Braunschweigischen Eisenbahnwesens in Folge des gesunkenen Verkehrs und des Andranges der gesteigerten Konkurrenzen, unter dem noch fortbestehenden Drucke hoher Löhne und Preise und bei der durch die allseitige Konkurrenz geschaffenen Unmöglichkeit, von der zugestandenen Tarifierhöhung einen wesentlichen Gebrauch zu machen, das verhängnissvollste zu werden drohte, dass daher zur Herstellung der nothwendigen Bilanz zwischen Einnahme und Ausgabe die Beschränkung der letzteren auf das äusserste Bedürfniss eine Lebensfrage war, deren glückliche Lösung selbstredend den Erfolg haben musste, die Ersparnissprämie auf die höchste Stufe ihres möglichen Betrages zu erheben. Auf ähnliche Prämiensätze wie die des Jahres 1875 kann in der Zukunft umso weniger gerechnet werden, als hier wie überall die Ausgaben des Vorjahres den Ausgangspunkt für die Etatbewilligungen des folgenden Jahres bilden, an einem erheblich reduzierten Etat aber weit weniger erspart werden kann, als an einem höheren.

Die prämierten Ersparnisse sind selbstredend nur diejenigen, von welchen man annehmen kann, dass die umsichtige Leitung der ausführenden Beamten und des Aufsichtspersonals eine wesentliche Rolle dabei spielte. Ersparnisse, welche auf einer unmittelbaren Anordnung der Direktion beruhen, insbesondere die aus der Sistirung oder Aufschiebung grösserer Ausführungen oder aus der Einschränkung des Betriebes direkt entspringenden, sind nicht prämiirt. Demgemäss ist eine Minder-

ausgabe von 240 000 Thaler für die in Rede stehenden Arbeiten gegen den Etat nicht zur Prämiiung gezogen.

Ob es nöthig war, alle praktischen Mittel aufzubieten und alle Kräfte anzuspannen, um die Betriebsausgaben aufs äusserste einzuschränken, ergiebt sich leicht aus folgenden Zahlen. Die Betriebseinnahme der Braunschweigischen Bahnen hat im Jahre 1875 nicht ganz den Betrag der Einnahme des Jahres 1874 erreicht, in welchem eine Dividende überall nicht gezahlt ist. Diese Einnahme ist um 400 000 Thaler geringer ausgefallen, als nach dem gewöhnlichen Verlaufe der Dinge in Erwartung der Wirkung der Tarifierhöhung vorausgesetzt werden musste. Unter solchen ungünstigen Umständen hat denn trotz der erheblichen Einschränkungen und Ersparnisse doch nur ein Reinertrag von 240 000 Thaler oder von 2 Prozent des Aktienkapitals erzielt werden können. Mir dünkt, dass wenn die Ersparnissprämie, wie doch nicht leicht zu verkennen ist, zu diesem Resultate beigetragen hat, sie als ein Segen für das ganze Institut betrachtet werden muss, da das gänzliche Erlöschen der Dividende sich mit der Prosperität desselben nicht verträgt. Wenn alle Beamten, auch diejenigen, welche an Prämien nicht unmittelbar theilnehmen, Diess gehörig bedächten und sich sagten, dass durch die Thätigkeit der Empfänger von Prämien in so schwierigen Zeiten vermöge der damit bewirkten Abwehr einer Finanznoth die Existenz Aller umso sicherer begründet wird, würde bestimmt Niemand, wie es leider hier geschehen, dem Neide eine solche Herrschaft einräumen, um sich zum anonymen Verläumder zu erniedrigen.

Es lässt sich nicht verkennen, dass eine Prämiiung einzelner Geschäftszweige einen Grund zur Unzufriedenheit der in den übrigen Branchen thätigen Beamten abgeben kann, auch dass die Ungleichmässigkeit der Prämie unter den Prämienempfängern selbst Missstimmung erzeugen kann, da der Betrag der Prämie zuweilen von äusseren, dem Einflusse des Einzelnen entrückten Umständen abhängt, endlich, dass eine Prämiiung für Beamten bei dem Arbeiter, welcher durch seine Thätigkeit die Ersparniss häufig mit bedingt, Unmuth erwecken kann. Diesen Schwierigkeiten würde man, ohne die Vortheile der Prämiiung aufzugeben, nur durch eine gleichmässige Betheiligung aller Beamten und Arbeiter an der Gesamtersparniss entgegen.

Immer bliebe freilich die jedem Prämiiungssysteme anhaftende Mangelhaftigkeit bestehen, dass die jährlich oder periodisch zu bewilligende Maximalausgabe, der Voretat, einer Feststellung bedarf, welche nur nach subjektivem Ermessen erfolgen kann, also auf mehr oder weniger ungewissen Voraussetzungen beruht. Diese letzte Inkonvenienz wird in den Hintergrund gedrängt, wenn die Betheiligung überhaupt nicht von einem Voranschlage abhängig gemacht, also überhaupt nicht unmittelbar und ausschliesslich auf die Ausgabe gestützt wird, sondern wenn auch die Chancen der Einnahme dabei in Rechnung gestellt werden, und demgemäss der Reinertrag zum Maassstabe der Betheiligung genom-

men wird. In diesem Falle erlischt das Wesen der Prämie und es erscheint das Prinzip der Betheiligung der Beamten und Arbeiter am Gewinne oder die Tantieme.

Diese Form halte ich auf dem Gebiete der Industrie für die vollkommenste und zweckmässigste, ohne die mit ihrer Durchführung verbundenen Schwierigkeiten zu verkennen und ohne blind zu sein gegen manche Übelstände, welche in den ersten Zeiten der Neuheit daraus entspringen können. Ich habe diese Ansicht schon vor Jahren gehegt und bin ihr noch heute zugethan. Darin liegt allerdings kein Beweis für die Richtigkeit der Ansicht; denn auch mancher Gegner derselben wird noch jetzt auf seiner früheren Meinung beharren: die Konservirung jener Ansicht während der letzteren Jahre ist nur ein Ausdruck für die Überzeugung, womit sie gefasst ist, da manche Ereignisse dieser Zeit, insbesondere die sozialdemokratische Umgestaltung der Arbeiterverhältnisse eher dazu beitragen konnten, jene Ansicht zu erschüttern, als sie zu befestigen. Andererseits dürften aber auch Ereignisse eingetreten sein, welche zu Gunsten jener Ansicht sprechen und es ist möglich, dass die Zahl der Gegner gegenwärtig nicht mehr so gross ist, sodass jetzt vielleicht günstigere Chancen für die versuchsweise Einführung der Betheiligung am Gewinne vorliegen. Zu dieser Vermuthung veranlassen mich zwei Gründe: erstens der allgemeine Wunsch, zur Belebung der daniederliegenden Industrie ein besseres Verhältniss zwischen Arbeitsleistung und Arbeitslohn herzustellen, was eine Anspannung aller Kräfte erfordert und durch Interessirung am Gewinne sicherlich befördert werden würde; zweitens aber der Umstand, dass mancher Mitbesitzer eines grösseren Unternehmens in Zeiten, wo die Dividende unter dem Normalmaasse steht, eher geneigt ist, den Beamten und Arbeitern eine Betheiligung an dem über dem Normalmaasse liegenden Gewinne zuzugestehen, als in Zeiten, wo die Dividende dieses Normalmaass überschreitet, weil die Betheiligung unter den erstgedachten, heutigen Tags obwaltenden Zeitverhältnissen nichts weiter wäre, als ein Versprechen, welches erst dann Etwas kostet, wenn der augenblickliche Zustand der allgemeinen Noth überwunden ist und welches dazu beitragen würde, die Herbeiführung einer normalen Rentabilität zu beschleunigen.

Vor der Besprechung des Systems der Betheiligung am Gewinne gestatte ich mir einige Bemerkungen über die wahrscheinlichen Ursachen der gegenwärtigen Verkehrsstockung, welche auf fast alle Geschäfte niederdrückend wirkt und die allgemeine Finanzkalamität bedingt, da die Erkenntniss der Ursache eines Übels für die zur Abhülfe zu ergreifenden Mittel von Wichtigkeit ist.

Es wird wohl Niemand so unvernünftig sein, die Vermehrung der Geldmittel, mag es sich um das Vermögen eines Individuums oder um das einer Nation handeln, für ein Unglück zu halten. Steigende Wohlhabenheit an sich ist in allen Fällen ein Segen, da sie die äusseren Mittel zur Veredelung des Menschen in jeder Beziehung darbietet, seine Bil-

dung erhöht, sein Leben verschönt, ihn zur Unabhängigkeit, zur Freiheit führt. Diese aus dem rechten Gebrauche des Geldes entspringende Wohlfahrt, schliesst indessen die Möglichkeit des unrechten Gebrauches und das damit verbundene Unheil nicht aus. Ein Reicher kann mit seinen grösseren Mitteln mehr Schaden thun als ein Armer, wenn er dieselben eben schädlich anwendet. So ist es denn unserem lieben Vaterlande in jüngster Zeit ergangen. Die Milliarden waren ein ganz schöner Lohn für viel vergossenes Blut und sie können, zum Ersatz verlorener Güter und zur Stärkung aller Volkskräfte vernünftig verwandt, Deutschland nur zum Heil gereichen. Leider hat aber die erste Anlegung oder Bergung jenes Schatzes, welcher doch nicht augenblicklich seiner wahren Bestimmung entgegengeführt werden konnte, vielmehr erst in irgend einer nutzbringenden Weise untergebracht werden musste, um allmählich in dauernde Subsidien verwandelt zu werden, eine Zahl von Spekulanten und Strandräubern angelockt, welche, wenn sie auch den wohlbewachten Schatz nicht unmittelbar anzutasten vermochten, doch mittelbar das in grösserer Menge flüssig gewordene Gold in allerlei unsaubere Gassen zu leiten, abzuzapfen und in unsolide, unmotivirte Unternehmungen zu verstricken, ausserdem aber auch das sonst schon vorhandene Geld der künstlich hervorgerufenen Strömung nachzuschleudern versuchten, was ihnen umso leichter wurde, als der Gründungsschwindel und das Streben nach faulem Gewinn bald wie eine Art Pest unter sonst soliden Leuten um sich griff.

Der Einzug der Milliarden war ein Angriff auf die deutsche Solidität, welchem unser Volk nicht überall siegreich widerstanden hat. Aber wie Niederlagen überhaupt bei einem naturkräftigen und ethisch angelegten Volke nach der Erkenntniss der Schwäche zu Impulsen für einen Entwicklungsprozess werden, aus welchem dasselbe reiner und stärker hervorgeht, so ist die Hoffnung berechtigt, dass auch die erwähnte Schwindelperiode durch die Erschütterung, die sie veranlasst, durch den Jammer, den sie hervorgerufen, durch den Abscheu, den sie erweckt hat, den Willen und das Herz stärken wird, um ähnlichen Katastrophen vorzubeugen. Diese Hoffnung ist nun zwar ein Trost für die Zukunft; allein sie hebt nicht die im Augenblicke noch bestehenden Hemmungen des Verkehrs und die hiermit verbundenen Übelstände. Um die hiergegen zu ergreifenden Mittel gehörig würdigen zu können, muss man auf das Wesen dieser Übelstände etwas näher eingehen.

Die der Industrie dienstbar gewordenen neuen und die in grössere Aufregung versetzten, aus solideren, aber weniger rentablen Anlagen zurückgezogenen alten Zirkulationsmittel sind keineswegs auf die Produktion werth- oder zweckloser Objekte verwandt. Axen, Räder, Schienen, Kohlen, Zucker, Häuser u. s. w. sind ganz gewiss nützliche Dinge; in ihrer Hervorbringung an sich beruht der Schwindel nicht, wohl aber darin, dass ihre Herstellung weit über das normale Bedürfniss hinaus ging, dass bei der Gründung von Fabriken, Eisenbahnen,

Banken und anderen Instituten nicht der normale und dauernde Verbrauch zur Richtschnur genommen, dass eine trügerische oder gar keine Rentabilitätsberechnung aufgestellt und die Prosperität des einen Werkes an den Untergang eines anderen geknüpft war.

Diese Überstürzung hat denn nach kurzem Konkurrenzkampfe und nach der Erschöpfung der einige Jahre hindurch den Betrieb und die Dividende unterstützenden Anlagekapitalien einen Zusammensturz vieler Werke, welche wegen mangelnden Bedürfnisses nur Kartenhäuser waren, zur Folge gehabt. Unter diesem Bruche und dem dadurch bedingten Stillstande des Verkehrs leiden aber nicht bloss die gestürzten, sondern auch viele vollkommen solide Unternehmungen. Fasst man z. B. die Einwirkung auf eine Eisenbahnanlage ins Auge. Mag diese Anlage noch so sehr einem wirklichen und dauernden Bedürfnisse dienen, noch so solide fundirt, noch so zweckmässig und gewissenhaft verwaltet sein; so hat sie sich doch nicht entschlagen können, alle die Steine, Hölzer, Metalle, Kohlen und sonstigen Objekte zu befördern, welche behuf der Herstellung und des Betriebes aller möglichen Unternehmungen zum Transporte gelangten, ohne danach zu fragen, ob diese Transporte zu einem vernünftigen oder zu einem unvernünftigen Zwecke geschahen. Was würden wohl Presse, Handelskammern und das gesammte Publikum gesagt haben, wenn eine Bahnverwaltung die Übernahme von Transporten, welche mit den vorhandenen Einrichtungen nicht zu bewältigen waren, an die Bedingung des Nachweises geknüpft hätte, dass diese Transporte nothwendig, nützlich, dauernd wären? Wahrscheinlich nichts Anderes, als dass derartige Bedingungen für eine Verkehrsanstalt ganz ungehörig seien, dass sie sich um die Motive des Verkehrs nicht zu kümmern, sondern die Verkehrsbedürfnisse unbedingt zu befriedigen, also mit demselben Eifer im Interesse der faulsten Spekulation die Kornsäcke zwischen Ost und West mehrmals hin und her zu fahren, wie auch Steine zu einem Babylonischen Thurme oder Schwerspath statt Mehl nach Kiachta zu befördern habe.

So gab es also in der Zeit der anstürmenden Spekulation für diese Bahnverwaltung keine andere Pflicht, als mit möglichster Eile ihre Betriebsmittel zu vermehren, ihr Personal zu verstärken, ihren Fahrplan auszudehnen, ihre Bahnhöfe zu erweitern, Nebenlinien zu erbauen, mit der Vermehrung und Beschleunigung der Züge die Gleiskonstruktion zu vervollkommen, die Sicherheitsmaassregeln zu erhöhen, die Kontrollemaassregeln zu verschärfen und in vielen anderen Dingen Einrichtungen zur Bewältigung eines gesteigerten, eines fortwährend wachsenden und eines mit immer höher gespannten Anforderungen auftretenden Verkehrs zu treffen. Nachdem jetzt auf den kurzen Glücksrausch die Enttäuschung gefolgt ist, liegen alle jene Erweiterungen und kostspieligen Verbesserungen ungenutzt da, fressen aber ausser den Unterhaltungskosten täglich und in Ewigkeit Zinsen für die darauf verwandten Kapitalien und werden unausgesetzt von den inzwischen aus ähnlichen Ursachen entstandenen, jetzt

aber unnütz gewordenen Konkurrenzbahnen beeinträchtigt. Der Fluch jener Schwindelperiode äussert sich demnach nicht sowohl in den plötzlichen Verlusten, welche mit dem Sturze so vieler nicht lebensfähigen Unternehmungen unmittelbar verbunden waren, als in den nachhaltigen Hindernissen, welche sie für die aufrecht gebliebenen Institute geschaffen hat.

Die letzteren Hindernisse sind gleichbedeutend mit einer dauernden Belastung des Betriebsfonds dieser Institute. Es ist meines Erachtens ein Irrthum, auf eine Wiederkehr der vor wenigen Jahren stattgehabten Verkehrsverhältnisse zu hoffen: da dieselben auf einer unnatürlichen Basis ruheten; so sind sie mit der Entziehung dieser Basis auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Mögen in dem Schrecken des Einbruchs manche industriellen Anstalten ihre Anschaffungen unter das normale Maass reduzirt, viele Kaufleute ihren Magazinbestand auf ein Minimum beschränkt haben, sodass einige Aussicht auf stärkere Bezüge vorhanden ist; alles Dieses kann einer erstorbenen Treibhauspflanze nicht die Bedingungen des Lebens wiedergeben. Möglicherweise, ja wahrscheinlich bewahrt auch der in dem wirklichen Bedürfnisse des Volkes begründete Verkehr diejenige Tendenz des Wachstums, welche derselbe schon lange gezeigt hat, noch eine geraume Zeit hindurch und gleicht auf diese Weise allmählich die gegenwärtige Stockung theilweise oder wohl gar ganz aus: allein diese durch fortschreitende Entwicklung bedingte Besserung der Zustände darf nicht als eine Wiederkehr früherer, erkünstelter Zustände angesehen werden; dieselbe tritt ohnehin nur langsam ein, macht also alle die Maassregeln nicht entbehrlich, welche die augenblickliche Lage gebieterisch erfordert.

Diese Maassregeln, welche die Erzielung einer angemessenen Rentabilität unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen zum Zwecke haben, können, insoweit auf eine Hebung des Verkehrs, also auf eine Verbesserung der Einnahme nicht zu rechnen ist, nur in einer Verminderung der Ausgabe bestehen. Letzteres ist allerdings an vielen Orten und nicht ohne Erfolg versucht; die weniger dringlichen Ausgaben sind eingestellt und der Betriebs- und Verwaltungsapparat ist nach Möglichkeit reduzirt; alle diese Reductionen, selbst wenn sie so weit gehen, dass sie eben das bestehende Verkehrsbedürfniss decken, sind aber doch nicht im Stande, diejenigen Opfer auszugleichen, welche in den vorhin genannten Kosten für nutzlos daliegende Anlagen, Apparate und Einrichtungen gebracht sind. Man kann doch beispielsweise die Bahnhöfe nicht verkleinern, Lokomotiven und Wagen verkaufen oder verfallen lassen, überflüssige Bahnen einziehen, um mit den kaum nennenswerthen Erträgen aus alten Materialien die Anschaffungskosten zu decken. Es muss hiernach noch mehr geschehen, als was der Reduktion des Betriebsapparates auf das bestehende Bedürfniss entspricht; es muss eine unter dieses Maass herabgehende Reduktion stattfinden. Eine solche setzt aber eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des verbleiben-

den Apparates gegenüber der erfahrungsmässigen früheren Leistung voraus, und sie kann nur durch Erhöhung der Thätigkeit, des Eifers, der Intelligenz des lebendigen Theiles des Apparates hervorgebracht werden.

In dieser aus der Lage der Dinge sich ergebenden Nothwendigkeit, an Beamte und Arbeiter höhere Anforderungen zu stellen, erblicke ich einen vornehmlichen und gerade durch die jetzigen Zeitverhältnisse bedingten Empfehlungsgrund zur Erweckung eines höheren Interesses für die Rentabilität der Unternehmungen bei dem diesen Unternehmungen dienenden Personale durch Betheiligung desselben am Gewinne.

Ehe wir uns zu der Art und Weise, wie diese Betheiligung praktisch zu gestalten sei, wenden, ist es unerlässlich, eine Betrachtung über die Minimalbesoldungen und Arbeitslöhne anzustellen, welche dem Personale ausser dem Gewinnantheile zu bewilligen sein werden. An die Spitze dieser Betrachtung stellen wir die Frage, ob die gegenwärtig herrschenden Besoldungen und Löhne, sowie die Preise der Lebensbedürfnisse zu hoch sind und ob sie eine Ermässigung gestatten und erwarten lassen.

Es ist eine allgemeine und leicht begreifliche Erfahrung, dass die Preise der Lebensbedürfnisse, sowie die Arbeitslöhne und Besoldungen mit der Menge der Zirkulationsmittel eines Volkes zu- und abnehmen. Die zunehmende Menge des Geldes vermindert seinen Werth. Wenn unter derselben Bevölkerung auf einmal doppelt so viel Geld in Umsatz gebracht wird, ist es für jeden Einzelnen noch einmal so leicht, eine bestimmte Summe des Nationalvermögens aufzufangen, weil sich überall das doppelte Geld zur Beschäftigung anbietet. Alle diejenigen Tauschobjekte, welche bei einer solchen Vermehrung des Geldes konstant bleiben, also die arbeitenden Köpfe und Hände der Bevölkerung und die nothwendigen Lebensbedürfnisse, also die Menge der zu produzierenden und zu konsumirenden Nahrungsmittel, Bekleidungsstoffe, Erwärmungs- und Beleuchtungsmittel, Wohnungen u. s. w. erlangen dem vermehrten Gelde gegenüber einen höheren Werth, da ja das relative Werthverhältniss zweier Stoffe in der Welt nur durch das relative Mengenverhältniss bedingt ist, in welchem jene Stoffe existiren oder zu haben sind. Hätte man ebenso viel Gold wie Blei, ebenso viel Diamanten wie Kieselsteine; so würde der Geldwerth beider gleich sein (abgesehen natürlich von der Differenz, welche durch ungleiche Bearbeitbarkeit, Versandbarkeit und andere Eigenartigkeiten, welche die Herstellung in verwendbarer Gestalt betreffen, bedingt ist).

Die französischen Milliarden haben das deutsche Nationalvermögen vergrössert, indem sie die hiesigen Zirkulationsmittel vermehrt haben. Ob dieselben theilweise oder ganz zu dem Zwecke gefordert und benutzt sind, um die vom Kriege erzeugten Verluste und Schäden an Lebendem und Todtem zu decken, ist für den vorstehenden Satz von unwesentlicher Bedeutung, da es für die Gesammtheit aller Arbeitskräfte und für den

Preis der nothwendigen Lebensbedürfnisse ziemlich gleichgültig ist, ob das vermehrte Geld auf gewisse Zeit in besonderer Weise, z. B. in Waffen- und Monturfabriken oder zur Unterstützung von Hülfbedürftigen verwandt wird. Müsste ein Theil des vermehrten Geldes in das Ausland gesandt werden, um von dort her gewisse Ersatzartikel zu beziehen; so würde dieser Theil von der Erhöhung des Nationalvermögens in Abzug zu bringen sein. Von Belang kann dieser Theil nicht sein; wir sehen es also als gewiss an, dass das deutsche Nationalvermögen seit dem letzten französischen Kriege um die Kriegskostenentschädigung gewachsen ist, und dass dieses Wachsthum eine Erhöhung der Preise der Lebensbedürfnisse und der Arbeitslöhne zur nothwendigen Folge haben musste.

Ist dieser natürliche Vorgang ein Unglück? Manche mögen dieser Ansicht sein: ich für mein Theil sehe nicht den geringsten Grund dafür ein. Der absolute Preis einer Sache ist etwas vollkommen Gleichgültiges, auch etwas nach Zeit, Ort und sonstigen Umständen durchaus Veränderliches. Ein Pfund Brod hat in jedem Lande im Laufe der Jahrhunderte einen sehr verschiedenen Preis gehabt, dasselbe hat in England stets einen anderen Preis als in Deutschland, hier stets einen anderen Preis als in Lappland. Ob der Preis ein angemessener, ob er drückend oder leicht zu tragen ist, hängt nicht von seiner absoluten, sondern von seiner relativen Höhe, d. h. von seiner Höhe im Vergleich zu der Zahlungs- oder Erwerbsfähigkeit des Konsumenten, also, da diese Erwerbsfähigkeit durch die Menge der Zirkulationsmittel bedingt ist, von den Letzteren ab. Wenn Jedermann das Doppelte seines früheren Erwerbes verdient, kann er das Pfund Brod und alle seine Bedürfnisse auch doppelt so theuer bezahlen. Dies kann er nicht nur; er muss es sogar: eine Naturnothwendigkeit, welche die Preise nach dem in Umlauf tretenden Vermögen regelt, zwingt ihn dazu, und es wäre thöricht, unter Verkennung unabweislicher Gesetze des Volkslebens sich gegen solche Unvermeidlichkeiten in Klagen über theure Zeiten zu ergehen. Es handelt sich hier durchaus nicht um theure Zeiten; der hohe Preis der Lebensbedürfnisse ist der Ausdruck des vermehrten Nationalvermögens; ein Druck kann daraus nur für einzelne Klassen zeitweise, nämlich nur so lange entstehen, bis der Erwerb in allen Klassen sich mit den herrschenden Preisen ins Gleichgewicht gesetzt hat.

Auf die Dauer kann sich ein Missverhältniss zwischen Preisen, Löhnen und Gehalten nicht erhalten: selbst diejenigen, welchen durch eine bevorzugte Stellung der Weg der Selbsthülfe verlegt ist, wie die Beamten, und diejenigen, welchen durch Gesetze die Freiheit ihrer Entschliessungen entzogen ist, wie die Bahnverwaltungen, finden endlich durch Vorstellungen und Diskussionen, sowie durch geeignete Dispositionen die Mittel, ihre Einnahmen mit den unvermeidlichen Ausgaben zu bilanziren. Den mit grösserer Selbstständigkeit und Rücksichtslosigkeit vorgehenden Klassen, insbesondere den Arbeitern und den

produzirenden und fabrizirenden Arbeitgebern scheint zwar auf den ersten Blick die Möglichkeit gegeben zu sein, ein beliebiges Missverhältniss zwischen Preisen und Löhnen zu stiften: allein, die hier obwaltende Täuschung liegt darin, dass die allerdings in der Idee vorhandene Möglichkeit im praktischen Leben niemals zur Wirklichkeit werden kann, da ein Missverhältniss der in Rede stehenden Art sehr bald seine Korrektion an den allgemeinen Kalamitäten findet, welche dadurch erzeugt werden. Zu hohe Löhne müssen nothwendig höhere Preise und zu hohe Preise nothwendig höhere Löhne nach sich ziehen, da sonst entweder der Fabrikant oder der Arbeiter nicht subsistiren könnte. Diese gegenseitige Beeinflussung der Preise durch die Löhne und der Löhne durch die Preise ist aber nicht, wie man zuweilen annimmt, eine Schraube ohne Ende, sondern findet ihre natürliche Begrenzung einestheils durch denjenigen Konsumenten, welcher sich nicht in der Lage befindet, seinen Erwerb über ein gewisses Maass zu steigern, anderntheils aber, wenn Konsumenten der letzteren Art etwa in ausreichendem Maasse nicht vorhanden wären, in der Menge der Zirkulationsmittel und der Zirkulationsgeschwindigkeit, welche letztere von der ebenfalls begrenzten Thätigkeit und Intelligenz des Volkes abhängt.

Demnach können sich Arbeiter und Arbeitgeber nicht verschwören, um Löhne und Preise auf jede beliebige und überhaupt auf eine unnatürliche Höhe zu treiben. Aber auch nicht eine von diesen beiden Parteien allein kann mit dauerndem Erfolge jene Schraube ohne Ende in Thätigkeit erhalten. Gleichviel, ob die andere Partei mithilft oder widerstrebt, die von diesen Parteien unabhängigen Faktoren des Volkslebens treten endlich als Regulatoren auf, um den Löhnen und Preisen das vernünftige Maass anzuweisen.

Schwankungen und periodische Missverhältnisse kommen in Folge der wechselnden Bedürfnisse und Beschäftigungen, in Folge des veränderlichen Charakters der Jahreszeiten und Ernten, in Folge von Kriegen, Epidemien und ähnlichen Unfällen im eigenen und im fremden Volksleben, in Folge von glücklichen und unglücklichen Operationen und Verkehrskrisen, in Folge von politischen Veränderungen und Agitationen, sowie in Folge von tausend anderen Zufälligkeiten selbstredend immer vor; die Löhne und Preise nehmen also niemals mit mathematischer Schärfe die richtige Gleichgewichtslage ein, sondern sie oszilliren unaufhörlich mit grösserem oder geringerem Ausschlage um diese Lage, und es kann sich im gegenwärtigen Augenblicke nur um die Frage handeln, ob die heutigen Löhne und Preise eine angemessene Höhe haben oder ob eine Regulirung der einen oder der anderen zu erwarten, resp. anzustreben sei.

Eine mathematische Formel für die Angemessenheit der Löhne und Preise giebt es nicht; man muss sich also zur Beurtheilung dieser Frage an allgemeine Symptome halten. Hierzu dient eine vergleichende Übersicht der Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, der Arbeits-

löhne für die hauptsächlichsten Beschäftigungen und der Besoldungen der fest besoldeten Beamten und des dauernd beschäftigten Personals in den verschiedenen Klassen im Verlaufe einer möglichst ausgedehnten Vergangenheit bis auf den heutigen Tag. Ich erlaube mir, eine solche Übersicht für die drei Jahre 1850, 1870 und 1876, worin das Jahr 1876 auch als der Vertreter des Jahres 1874 angesehen werden kann, in vier Tabellen hier folgen zu lassen. In derselben sind zwar nicht die Löhne und Besoldungen aus allen möglichen Berufsklassen, sondern vorzugsweise aus dem Braunschweigischen Eisenbahnwesen aufgenommen, weil nur diese mit hinreichender Zuverlässigkeit zu ermitteln waren; indessen dürfte der Verlauf in diesen Branchen dem in anderen als nahezu gleich zu crachten sein.

Nach den Preistabellen sind zugleich in der fünften und sechsten Übersicht die Gesamtkosten des Haushaltes einer aus sechs Personen bestehenden Beamten- und Arbeiterfamilie in der Stadt Braunschweig berechnet. Wiewohl diese Kosten nicht bloss nach der Kopfzahl der Familien, sondern auch nach den individuellen Bedürfnissen und Gewohnheiten variiren, auch durch andere theils nothwendige, theils auf Luxus beruhenden Ausgaben für Steuern, Gesundheitspflege, Schulgeld, Vergnügungen u. s. w. vermehrt werden; so dürften doch die aus den Endsummen der letzteren Tabellen sich ergebenden Verhältnisszahlen in ziemlich zutreffender Weise die Steigerung der Bedürfnisse in den gedachten Perioden für eine gleich starke Familie darstellen.

1. Preise der Lebensbedürfnisse in der Stadt Braunschweig,
nach Thalern und Groschen.

	1850	1870	1876
Kalbfleisch, kleines à Pfund Gr.	2 $\frac{1}{2}$	4	5 — 6
„ grosses „ „ „	3 $\frac{1}{2}$	7	7 — 7 $\frac{1}{2}$
Rindfleisch, kleines „ „ „	3	5	5 $\frac{1}{2}$
„ grosses „ „ „	3 $\frac{1}{2}$	6	6 $\frac{1}{2}$
Schweinefleisch „ „ „	3	6	6 $\frac{1}{2}$ — 7
Mettwurst „ „ „	7 $\frac{1}{2}$	12	12 — 13
Rothwurst „ „ „	3 $\frac{2}{3}$	8	8 — 9
Knackwurst „ „ „	5	8	8
Butter „ „ „	5 — 6	10 — 14	11 $\frac{1}{2}$ — 15
Schmalz „ „ „	5 — 6	10	10
Speck „ „ „	5	10	10
Talg „ „ „	4	6	7 $\frac{1}{2}$ — 8

		1850	1870	1876
Eier	à Schock Gr.	16	30	35 — 45
Milch	" Quartier "	1·0	1·3	1·5
Roggenmehl	" Centn. Thlr.	2	4 $\frac{1}{3}$	4 $\frac{1}{6}$
Weizenmehl	" " "	3 $\frac{1}{3}$	6 $\frac{2}{3}$	5 $\frac{1}{3}$
Schwarzbrot	" Pfund Gr.	0·6	1·2	1·1 — 1·2
Weissbrot	" " "	1·0	1·7	2·2 — 3·0
Kartoffeln	" Himten "	7	12	12 — 14
Gelbe Erbsen	" " "	21	60	75
Weisse Bohnen	" " "	40	80	80
Linsen	" " "	45	80	100 — 120
Grüne Erbsen	" Loch "	0·8	1·3	1·3
Vietsbohnen	" Kiepe "	10	20	20
Spargel	" Pfund "	2 $\frac{1}{2}$	6	6 — 9
Kohl	" Schock "	12	16	20 — 30
Steckrüben	" " "	12	18	20 — 30
Essig	" Quartier "	1·4	1·6	1·6 — 2·0
Weissbier	" " "	0·8	1·2	1·5
Lagerbier	" Flasche "	1·4	1·5	1·8 — 2·0
Branntwein	" Quartier "	3 — 4	5 — 7	8·0
Spiritus	" " "	6 — 7	8 — 10	10
Zucker	" Pfund "	3 $\frac{1}{2}$	5	5·4
Kaffee	" " "	7	10	13 — 16
Reis	" " "	1 $\frac{2}{3}$	3	2·5 — 4·5
Gewöhnlicher Tabak	" " "	10	18	18
Gewöhnliche Zigarren	" Kiste Thlr.	9	15	13 — 18
Seife	" Pfund Gr.	4	5	5 — 5·4
Ein gewöhnlicher Rock	" Thlr.	13 — 14	16 — 18	16 — 18
" gewöhnliches Beinkleid	" "	5 $\frac{1}{2}$ — 6 $\frac{1}{2}$	7 — 8	7·8
" " Paar Stiefel	" "	3 $\frac{1}{2}$	5	6
" Altagskleid für eine Arbeiterfrau	" "	2	3	5
" " " Beamtenfrau	" "	5	7	8 — 10
" Sonntagsanzug für eine Arbeiterfrau	" "	8	12	20
" " " Beamtenfrau	" "	22	33	45
Gewöhnliches Leinen	" à Elle Gr.	6	6	6
" Baumwollenzeug	" " "	3 — 4	4 — 6	4 — 6
Planell	" " "	10	14	14
Wollenes Garn	" Pfd. Thlr.	1 $\frac{1}{3}$ — 1 $\frac{2}{3}$	1 $\frac{1}{3}$ — 2 $\frac{1}{6}$	1 $\frac{5}{6}$ — 2 $\frac{1}{6}$

		1850	1870	1876
Baumwollenes Garn . . . à Pfund	Thlr.	1	$1\frac{1}{15}$	$1\frac{1}{15}$
Brennöl " "	Gr.	3	5	4·5
Solaröl " "	"	2	$3\frac{1}{2}$	2 — 2·5
Buchen-Brennholz . . . " Malter	Thlr.	5	$7\frac{1}{3}$	8 — 10
Fichten-Brennholz . . . " "	"	3	$4\frac{2}{3}$	$4\frac{2}{3}$ — 5
Steinkohle " Zentner	Gr.	12	10 — 12	12 — 18
Torf, leichter " 1000 Stück	Thlr.	$1\frac{1}{3}$	$1\frac{1}{3}$	$1\frac{1}{2}$
" schwerer " 1000 " "	"	$1\frac{2}{3}$	$1\frac{2}{3}$	$1\frac{5}{6}$ — 2
Wohnungsmiethe für eine Arbeiterfamilie	"	20	40	50 — 60
Desgleichen für eine kleine Beamtenfamilie " "	"	50	100	80 — 120
Desgl. für eine Oberbeamtenfamilie . .	"	80	160	150 — 250
Ein Dutzend gewöhnliche Stühle von Eschenholz " "	"	18	24	28 — 32
Ein gewöhnlicher Tisch " "	"	5	7	12
Eine Kommode " "	"	10	14	15
Ein Sopha " "	"	18	24	24 — 30
Eine Bettsponde " "	"	5	6	7 — 8
Ein Federbett " "	"	45	50	50
Porzellan, 1 Dutzend gewöhnliche Teller	"	1	1 — 2	1 — 2
" 1 Dutz. gewöhnliche Tassen .	"	1	1	$1\frac{1}{5}$ — $2\frac{1}{6}$
Glas, 1 Dutz. gewöhnliche Trinkgläser .	Gr.	15	15	18
Lohn für eine Hausjungfer pro Jahr . .	Thlr.	12 — 16	24 — 30	30 — 50
Eine Waschfrau pro Tag	Gr.	10	$12\frac{1}{2}$ — 15	15
" Näherin pro Tag " "	"	7	12 — 15	15
Ein Maurer pro Tag " "	"	$14\frac{1}{2}$	$21\frac{1}{2}$	35
" Zimmermann pro Tag " "	"	16	25	35
" gewöhnlicher Tagelöhner pro Tag .	"	10	15	22·5 — 25
Eine zweispännige Fuhr pro Tag . . .	Thlr.	$2\frac{1}{3}$	$4\frac{1}{3}$	6

2. Arbeitslöhne in den Eisenbahnwerkstätten im Durchschnitt nach Groschen pro Tag.

Prämierung und Beteiligung am Gewinne.

19

Jahr		H a n d w e r k e r								Hand- arbeiter
		Maschinen- haus	Schmiede	Kessel- schmiede	Holz- arbeiter- werkstatt	Wagen- reparatur	Sattler- werkstatt	Maler- werkstatt	Durch- schnitt	
1850	in Tagelohn	15.47	15.44	15.20	15.38	—	14.09	11.44	15.31	10.21
	in Akkord	21.66	23.06	22.31	21.27	—	22.72	17.52	20.70	13.95
	im Durchschnitt . .	16.19	16.01	15.89	15.67	—	14.27	15.54	15.86	10.23
1870	in Tagelohn	18.57	19.35	18.65	20.09	19.07	21.20	18.49	19.01	13.87
	in Akkord	32.38	31.77	29.36	25.32	28.60	26.42	23.28	29.32	21.98
	im Durchschnitt . .	21.86	28.52	22.04	21.74	22.44	24.31	21.92	22.59	14.64
1876	in Tagelohn	23.80	24.0	26.50	27.50	24.60	26.60	19.10	25.04	18.00
	in Akkord	35.80	41.3	39.80	31.50	30.50	30.50	32.60	34.22	23.80
	im Durchschnitt . .	28.60	37.90	29.00	30.10	28.33	29.17	31.42	29.87	19.04

2.

3. Arbeitslöhne bei den Bahnbauten im Durchschnitte nach Groschen pro Tag.

Jahr	Bezeichnung der Bauplätze	Erdarbeiter			Handwerker	
		Verdienst bei Verdienung pr. Karre und Wagen	Verdienst bei Verdienung zu gleichen Antheilen	Tagelohn	Löhne pro Tag	Durchschnitt
1850	Bahnunterhaltung	—	—	9'00	15 — 17'5	16'25
1856 — 57	Schöninger Bahnbau . .	—	13'00	11'50	16'5 — 18'5	18'00
1862 — 64	Holzmindener Bahnbau .	20'15	14'15	12'50	17'5 — 20	19'00
1869 — 70	Seesen-Osteroder Bahnbau	21'57	15'37	14'00	20 — 25	22'50
1876	Neuekrug-Langelsheimer Bahnbau	25'5	—	19'2	22'5 — 27'5	25'00

4. Besoldungen nach Thalern pro Jahr, resp. Groschen pro Tag.

	1850	1870	1876
Beamte.			
Eisenbahn-Baumeister und Ober-Inspektoren Thlr.	700 — 900	700 — 1000	1200 — 1300
Baukondukteure und Ingenieure „	400 — 600	400 — 700	800 — 1000
Ingenieurassistenten „	240 — 365	240 — 420	500 — 700
Sekretäre I u. Stationsvorsteher „	700 — 800	800 — 900	800 — 1100
Revisoren oder Sekretäre II . . „	400 — 600	500 — 800	600 — 800
Gehülfen, Assistenten u. Expedienten „	250 — 300	300 — 450	350 — 700
Aufseher „	200 — 240	250 — 375	350 — 550
Zugführer „	250	300 — 375	350 — 450
Packmeister „	200 — 250	250 — 300	300 — 400
Schaffner „	180 — 200	225 — 250	250 — 300
Lokomotivführer „	300 — 400	300 — 500	400 — 550
Dauernd beschäftigte Wärter etc.			
Bahnwärter pro Tag Gr.	10	11 — 14	15 — 16
Weichenwärter zu Braunschweig . „	10 $\frac{1}{2}$	12 — 18	20 — 22
Bahnhofsarbeiter zu Braunschweig „	11 — 12 $\frac{1}{2}$	12 — 15	20 — 22
Magazinarbeiter zu Braunschweig „	11 — 12 $\frac{1}{2}$	12 — 15	18 — 19

7. Gehaltsverbesserungen der Braunschweigischen
Eisenbahnbeamten seit dem Jahre 1850.

	Periode 1850 bis 1870			Periode 1870 bis 1876		
	Zahl der Beam- ten	Gehalt 1850	Gehalt 1870	Zahl der Beam- ten	Gehalt 1870	Gehalt 1876
		Thlr.	Thlr.		Thlr.	Thlr.
1. Ober-Beamte	16	8 650	15 700	23	19 275	26 700
2. Eisenbahn-Sekretäre . . .	23	5 695	17 350	33	22 400	29 400
3. Stations-Vorstände . . .	8	2 400	6 700	28	15 600	23 400
4. Bahn-Assistenten	16	3 745	9 025	46	19 785	28 700
5. Bahn-Expedienten	1	200	450	80	20 610	39 100
6. Telegraphisten, Kanzlisten u. Werkstättenschreiber .	1	220	550	8	2 965	3 847
7. Bahnhof- und Magazin- verwalter	1	150	400	6	2 275	3 500
8. Lokomotivführer	8	2 550	4 000	107	33 225	49 190
9. Zugführer	9	1 670	3 475	41	13 150	16 650
10. Packmeister	3	455	925	35	9 125	12 600
11. Schaffner	—	—	—	79	15 555	22 150
12. Bahnhofsauferer	5	870	1 825	33	9 825	15 700
13. Unteraufseher	—	—	—	5	1 300	1 800
14. Bahn- und Telegraphen- aufseher	7	1 275	2 850	28	8 745	13 000
15. Magazinaufseher, Werk- stättenaufseher u. Wagen- meister	1	120	350	16	4 395	6 200
16. Werkführer	1	240	400	10	3 825	4 850
17. Pedellen und Drucker . .	2	270	625	9	2 500	3 150
18. Boten und Stempelsetzer .	—	—	—	3	775	975
19. Portiers	4	600	1 025	7	1 550	1 920
20. Remuneranten	—	—	—	17	3 958	6 111
Summa . . .	106	29 110	65 650	614	210 838	308 943

6. Kosten des Haushaltes einer aus sechs Personen bestehenden Arbeiterfamilie
in der Stadt Brannschweig.

Nr.	Gegenstand	Verbrauch						Kosten			
		pro Kopf	pro Tag	pro Woche	pro Monat	pro Jahr	Ein- heits- preis	1870		1876	
								Betr.	Gr.	Betr.	Gr.
1	Kartoffeln	8 Himten	—	—	—	48 Himten	7.0	7.5	12.0	13.0	20.8
2	Schwarzbrod	1 Pfund	6 Pfund	—	—	2190 Pfund	0.6	43.8	1.2	87.6	87.6
3	Weissbrod	—	4 Stück (9 bis 10 Stück = 1 Pfund)	—	—	165 "	1.0	5.5	1.7	9.3	13.7
4	Fleisch	—	3/4 Pfund	—	—	275 "	3.1	28.4	5.6	51.3	57.7
5	Butter	—	—	3/4 Pfund	—	39 "	5.5	7.1	12.0	15.6	17.2
6	Schmalz	—	—	1 "	—	52 "	5.5	9.5	7.5	13.0	13.9
7	Speck	—	—	—	—	20 "	5.0	3.3	10	6.6	6.6
8	Milch	—	1 Quart.	—	—	365 Quart.	1.0	12.2	1.3	15.8	18.2
9	Weizenmehl	—	—	—	—	1/8 Ctr.	100	0.4	200	0.8	0.7
10	Linsen	—	—	—	—	1 Vierfass	11 1/4	0.4	20	0.7	27 1/2
11	Bohnen, trockne	—	—	—	—	1 "	10	0.3	20	0.7	0.7
12	Erbsen	—	—	—	—	1/2 "	5 1/2	0.1	15	0.2	13 3/4

Prämiiung und Betheiligung am Gewinne.

13	Zichorien	—	—	—	3 Packete	30 Packete	0.8	0.7	0.8	0.9	1.0
16	Zucker	—	—	—	1 1/2 Pfund	18 Pfund	3.5	2.1	5.0	3.0	5.4
17	Salz	8 Pfund	—	—	—	48 "	0.7	1.1	0.8	1.3	1.0
18	Essig	—	—	—	1 Quart.	12 Quart.	1.4	0.5	1.6	0.6	1.8
19	Mohnöl	—	—	—	1/2 Pfund	6 Pfund	4.5	0.9	6.5	1.3	7.4
20	Obst, getrocknetes	—	—	—	1 "	12 "	1.8	0.7	3.0	1.2	3.5
21	Kohl	—	—	—	—	1/2 Schock	12	0.2	16	0.3	25
22	Steckrüben	—	—	—	—	1/2 "	12	0.2	18	0.3	25
23	Talg	—	—	—	—	26 Pfund	4	3.4	6	3.2	7.5
24	Grüne Bohnen	—	—	1/2 Pfund	—	1/2 Kiepe	10	0.2	20	0.3	20
25	Salate	—	—	—	—	—	—	0.8	—	2.0	—
26	Diverse kl. Gewürze	—	—	—	—	—	—	0.6	—	0.6	—
27	Brantwein	—	1/4 Quart.	—	—	90 Quart.	5.0	15.0	6.5	19.5	22.5
28	Lagerbier	—	1 Flasche	—	—	365 Flasch.	1.4	17.0	1.5	18.2	24.3
29	Gewöhnlichster Taback	—	—	—	4 Pfund	48 Pfund	3.0	4.8	4.0	6.4	8.0
30	Zigarren	—	—	—	—	400 Stück	0.2	2.7	0.3	4.0	5.3
31	Seife	—	—	—	1 1/2 Pfund	18 Pfund	2.5	1.5	3.0	1.8	2.1
32	Wohnungsmiethe	—	—	—	—	—	—	20	—	30	40
33	Heizung	—	—	—	—	—	—	10	—	15	20
34	Schuhmacher	—	—	—	—	—	—	20	—	25	30
35	Schneider	—	—	—	—	—	—	20	—	25	30
36	Für Leibwäsche u. Hausgeräth	—	—	—	—	—	—	5	8	—	10
							Sa.	264.8	401.1	—	465.3

Nach den vorstehenden Übersichten sind die Preise für die meisten Lebensbedürfnisse in den 20 Jahren von 1850 bis 1870 etwa um 60 Prozent gestiegen und diese Steigung ist in den 6 Jahren von 1870 bis 1876 oder eigentlich schon in den 4 Jahren von 1870 bis 1874, also in der Zeit, wo die Milliarden eingewandert sind, bis auf 110 Prozent angewachsen. Für eine Beamtenfamilie ergibt sich aus dieser Steigung der Preise eine Erhöhung der Haushaltskosten um 70, resp. 95 Prozent und für eine Arbeiterfamilie um 52, resp. 76 Prozent. In denselben Zeiträumen sind die Arbeitslöhne um 45, resp. 80 Prozent, die Besoldungen der Beamten um 15 und 50, die Löhne des Wärterpersonals um 30 und 60 Prozent gestiegen, sodass man folgende kurz gefasste Übersicht erhält:

	Steigung in Prozenten.	
	1850 bis 1870	1850 bis 1874 und 1876
Preise im Allgemeinen	60	110
Haushaltskosten einer Beamtenfamilie . .	70	95
„ „ Arbeiterfamilie . .	52	76
Arbeitslöhne	45	80
Besoldungen der Beamten	15	50
„ „ Wärter	30	60

Wenngleich diese Zahlen je nach den Orten, Bevölkerungsklassen und sonstigen Verhältnissen Modifikationen erleiden mögen; so geht doch Folgendes mit grosser Sicherheit daraus hervor.

1. Die Steigung der Preise und Löhne hat in den auf das Jahr 1870 folgenden 4 Jahren nahezu ebenso viel betragen, als in den 20 vorhergehenden Jahren, ist also in der jüngsten Vergangenheit fünfmal so intensiv gewesen, als in der Vorzeit.

2. Die Haushaltskosten einer Arbeiterfamilie sind in beiden Perioden nahezu in demselben Verhältnisse gestiegen, wie die Arbeitslöhne. Für eine Wärterfamilie sind die Haushaltskosten in einem stärkeren und für eine Beamtenfamilie in einem noch stärkeren Maasse gestiegen, als die Besoldungen.

Diese Erscheinungen bedürfen einer Erklärung. Was zunächst die Steigung der Preise und Löhne in der Zeit von 1850 bis 1870 betrifft;

so kann dieselbe nicht einer Vermehrung des reellen Nationalvermögens, sondern nur einer Vermehrung der ideellen Werthe und der Beschleunigung der Zirkulation der Zahlungsmittel zugeschrieben werden. Sowohl der erste Vorgang, nämlich die zunehmende Verpfändung des liegenden Nationalvermögens oder die Erweiterung der Kredite auf dieses Vermögen, um dasselbe für industrielle Unternehmungen flüssig zu machen, als auch der zweite Vorgang, nämlich die Beschleunigung des Umsatzes, sind die Wirkungen der rastlos sich steigernden menschlichen Thätigkeit und Intelligenz. Beide Vorgänge äussern auf Preise und Löhne denselben Einfluss wie eine Vermehrung des reellen Nationalvermögens. Denn es ist hinsichtlich dieses Einflusses offenbar gleichbedeutend, ob die vermehrten Zirkulationsmittel in Metallgeld oder ob sie in Papiergeld, welches seine hypothekarische Deckung in liegenden Grundstücken findet, bestehen. Ebenso ist es in jener Hinsicht gleichgültig, ob doppelt so viel Geld in Umlauf kömmt, oder ob dieselbe Geldmenge doppelt so rasch rollirt: denn der doppelt so rasch rollende Thaler kömmt in einem Jahre durchschnittlich zweimal so oft in dieselbe Hand, steigert also die Preise und Löhne gerade so, wie es eine Verdopplung des Thalers bei derselben Umsatzgeschwindigkeit thun würde.

Seit dem Jahre 1870 erscheint neben diesen beiden Faktoren als weit überwiegendes Agens die Vermehrung des wirklichen Nationalvermögens durch die Milliarden. Nur ein Agens von so grosser Bedeutung und von so plötzlicher Wirksamkeit macht den rapiden Sprung der Preise und Löhne in so kurzer Zeit begreiflich.

Was die Differenz zwischen den Löhnen oder Besoldungen und den Kosten des Haushaltes oder der nothwendigen Lebensbedürfnisse betrifft; so kann dieselbe natürlich nicht ihre Erklärung in dem allgemeinen Anwachsen der Preise finden. Diese Differenz ist für die Arbeiter so gering, dass sie nur der Unsicherheit einer Durchschnittsrechnung zugeschrieben werden kann: ausserdem fällt sie sogar zu Gunsten der Arbeiter aus, indem jene Rechnung seit 1850 bis jetzt eine Steigung der Arbeitslöhne um 80 Prozent bei einer Steigung der Haushaltskosten um 76 Prozent ergibt. Man kann wohl mit Recht annehmen, dass die Arbeitslöhne mit der Vertheuerung der Lebensbedürfnisse gleichen Schritt gehalten haben.

Für die Beamten und Wärter ergibt sich eine grössere und nachtheilige Differenz. Dieselbe könnte zwar an sich nicht befremden, da das festere Dienstverhältniss und das mit der freiwilligen Auflösung des Dienstverbandes verknüpfte grössere Risiko diesem Personale eine grössere Zurückhaltung auferlegt und dasselbe geneigt macht, seine Ansprüche nicht auf das höchste Maass zu spannen: allein es ist doch fraglich, ob die in Rede stehende Differenz überhaupt besteht, wenn man die sukzessiven Gehaltsverbesserungen berücksichtigt, welche der Beamte durch das Aufrücken in höhere Rang- und Gehaltsstufen erfährt. Die Wirkung der Gehaltsverbesserung lässt sich für ein grösseres

Personal leicht ermitteln: da aber gleichzeitig auf die mit dem Lebensalter erfolgende, also die Gehaltsverbesserung kompensirende Vermehrung der Lebensbedürfnisse, namentlich in Folge des Wachstums der Familie Rücksicht genommen werden müsste, die letztere jedoch schwer zu beurtheilen ist; so kann die erstere Ermittlung für sich allein zu keiner Korrektion der in Rede stehenden Differenz dienen. Gleichwohl hat eine solche Ermittlung ein Interesse, indem sie den Schluss gestattet, dass wenn die Gehaltsverbesserung sehr bedeutend ist, sie möglicherweise die obige Differenz erheblich abschwächen und vielleicht ganz beseitigen kann.

Aus diesem Grunde lege ich in der Tabelle 7 (welche unmittelbar nach der Tabelle 4 gedruckt ist) eine Übersicht der Besoldungen aller im Jahre 1850 vorhandenen Braunschweigischen Eisenbahnbeamten, welche zugleich das Jahr 1870 erlebt haben, und aller im Jahre 1870 vorhandenen Beamten, welche zugleich das Jahr 1876 erlebt haben, vor. Nach dieser Tabelle ist an dieselben Personen, welche im Jahre 1850 im Ganzen 29 110 Thlr. Gehalt empfangen haben, im Jahre 1870 der Betrag von 65 650 Thlr., also 125 Prozent mehr gezahlt worden. An dieselben Personen, welche im Jahre 1870 überhaupt 210 838 Thlr. Gehalt empfangen haben, ist im Jahre 1876 oder eigentlich schon im Jahre 1874 im Ganzen 308 943 Thlr., also 47 Prozent mehr gezahlt worden. Vom Jahre 1850 bis zum Jahre 1874 beträgt die Gehaltzulage 183 Prozent, d. h. der Gehalt ist durchschnittlich auf das 2·83 oder nahezu auf das Dreifache gewachsen. Während auf die zwanzigjährige Periode von 1850 bis 1870 eine jährliche Gehaltserhöhung von $6\frac{1}{4}$ Prozent kömmt, ergibt sich für die vierjährige Periode von 1870 bis 1874 eine jährliche Gehaltserhöhung von $11\frac{3}{4}$ Prozent, welche doppelt so stark ist, als in der ersten Periode.

Ob die Kosten der nothwendigen Lebensbedürfnisse unter der Zusammenwirkung der Vertheuerung der Materialien und der Vergrößerung der Familie in der Zeit von 1850 bis 1876 sich durchschnittlich ebenfalls auf das Dreifache erhoben haben, ist nicht unmöglich, kann aber nicht näher nachgewiesen werden. Immer erscheint die Gehaltsverbesserung so beträchtlich, dass die oben erwähnte Differenz zwischen der Steigerung der Preise und der Steigerung des Normalgehaltsetats wahrscheinlich zum grössten Theile, wenn nicht ganz durch das Aufrücken in höhere Gehaltsklassen ausgeglichen wird. Dem Arbeiter steht keine so erhebliche Lohnverbesserung durch das Aufrücken in höhere Lohnklassen, dagegen eine stärkere Erhöhung des Durchschnitts- oder Normallohnes zur Seite. Für die Werkstättenarbeiter bewegt sich jetzt das Lohn zwischen den Klassensätzen von 18 bis 30 Gr. pro Tag, was nur einer möglichen Verbesserung im Laufe der Zeit um 66 Prozent entspricht. Wenn man aber eine solche Wirkung des Aufrückens in höhere Lohnklassen mit der oben nachgewiesenen Erhöhung des Normallohnes, welche von 1850 bis 1876 80 Prozent beträgt, kombinirt; so ergibt sich das Resultat, dass im Gesamt-

effekte dieser beiden Wirkungen das Einkommen des Arbeiters in diesem Zeitraume um 198 Prozent, also auf das 2,98fache oder fast genau auf das Dreifache gestiegen ist.

Dieses Resultat ist darum sehr beachtenswerth, weil dasselbe lehrt, dass das Einkommen des Arbeiters und des Beamten in den letzten 26 Jahren nahezu in demselben Verhältnisse sich verbessert hat, dass also diese beiden Berufsklassen in gleichem Maasse Berücksichtigung gefunden haben oder dass keine vor der anderen begünstigt ist. Die Einnahme des Einzelnen beträgt jetzt durchschnittlich etwa das Dreifache seiner Einnahme im Jahre 1850. Die Kosten seiner Lebensbedürfnisse würden, wenn er jetzt keine grösseren Quantitäten und bessere Qualitäten verbrauchte, in Folge der Preissteigerung $1\frac{3}{4}$ bis 2 mal so hoch sein, als früher; bedingte also das Wachsthum der Familie und die höhere Lebensstellung eine Steigerung auf das $1\frac{1}{2}$ - bis $1\frac{3}{4}$ fache; so würde die thatsächliche Erhöhung seiner Einnahme auf das 3fache die heutigen Bedürfnisse gerade so gut decken, wie die kleinere Einnahme im Jahre 1850 es that.

Die in der Preissteigerung liegende Erhöhung der Haushaltskosten, welche von 1850 bis 1870 durchschnittlich 60 Prozent und seit 1870 durchschnittlich 25 Prozent beträgt, ist in der ersten Periode den regelmässigen, bei der Entwicklung des Volkslebens thätigen Ursachen, namentlich dem der Industrie durch Verpfändung dienstbar gemachten, also in Umlaufsmittel verwandelten grösseren Theile des Grundbesitzes und der durch gesteigerte Intelligenz beschleunigten Zirkulation des Geldes, seit 1870 aber einer ungewöhnlichen Ursache, welche nur in der plötzlichen Vermehrung des Nationalvermögens zu suchen ist, zuzuschreiben. Diese Wirkung ist eine den unabänderlichen Naturgesetzen entsprechende, welche durch keine künstlichen Mittel und durch keine Deklamationen beseitigt werden kann. Man schmeichelt sich zwar mit der Hoffnung, dass durch eine vernünftige Beschränkung, welche die Bevölkerung im Verbrache des nicht unbedingt Nothwendigen sich selbst auferlegt, und durch das Ersterben mancher nur durch den Schwindel gehaltenen Verbrauchsanstalten, sowie durch die Konkurrenz der um ihr Dasein ringenden Etablissements eine erhebliche Preisermässigung bewirkt werden könne: ich theile diese Hoffnung, nachdem die Nation jetzt seit fast zwei Jahren zur Besinnung gekommen ist und die eigentlichen Auswüchse nach Möglichkeit getödtet und dadurch einzelne exorbitant gesteigerte Preise zum Weichen gebracht hat, durchaus nicht, glaube vielmehr, dass die heutigen Preise im Grossen und Ganzen nur das natürliche Resultat des gesteigerten Nationalvermögens sind, welches den leichteren Erwerb und demzufolge einen gewissen Luxus und die daraus entspringende Nachfrage, folglich auch den höheren Preis unvermeidlich nach sich zieht.

Was die Konkurrenz betrifft; so hat sich dieselbe, nachdem die schwindelhafte Überproduktion klar wurde, durch den Todeskampf man-

cher Industriezweige offenbar erschöpft und sogar überstürzt, sodass mit grösserer Gewissheit auf das Steigen mancher Preise, als auf deren Fallen zu rechnen ist. Mit der Konkurrenz hat es überhaupt seine eigene Bewandtniss; es ist nicht alles Konkurrenz, was dafür gehalten wird. Wenn bisher das Brod für eine bestimmte Bevölkerung durch 50 Bäcker gebacken wurde und späterhin sich 100 Bäcker demselben Geschäfte bei derselben Fabrikationsmethode widmen; so kann das Brod nicht billiger werden, sondern muss theurer werden, da doppelt so viel Familien ihren Lebensunterhalt von demselben Fabrikationsquantum erwerben müssen. Eine nützliche, für die Gesamtbevölkerung erspriessliche, die Preise mässigende Konkurrenz kann nur geäussert werden, wenn damit eine Verminderung der Unkosten verbunden ist. Mag nun diese Verminderung der Unkosten auf einer Reduktion der Arbeitskräfte, oder auf einer Verminderung der bei der Fabrikation unthätigen, aber gleichwohl davon lebenden Personen, oder auf einer Heranziehung billigerer Materialien, oder auf einer zweckmässigeren Fabrikationsmethode, oder auf einer Steigerung der Leistung der Arbeitskräfte beruhen, immer ist die eigentliche Ursache der billigeren Herstellung die höhere Intelligenz, womit das Geschäft betrieben wird. Eine Konkurrenz, welche nicht auf einem intelligenteren Betriebe beruht, hat keinen Nutzen, ist vielmehr nachtheilig und führt zu höheren Preisen. Die Gewerbefreiheit kann durch die Zulassung eines Jeden zu jedem Geschäfte, also durch die Beseitigung der äusseren Schranken unmittelbar durchaus keinen Nutzen stiften; ihr Nutzen ist ein mittelbarer, welcher erst als eine weitere Folge der äusseren Befreiung auftritt und darin besteht, dass sie, indem sie einem Jeden den freien Gebrauch seiner Kräfte ermöglicht, einer grösseren Zahl von Menschen Gelegenheit bietet, ihre eigenthümlichen Fähigkeiten auf dem ihnen am besten entsprechenden Thätigkeitsfelde zu gebrauchen, also mehr Intelligenz in den praktischen Geschäftsbetrieb zu tragen oder die inneren Schranken der individuellen Thätigkeit zu beseitigen.

Was in dieser Hinsicht durch zweckmässige Disposition, durch Verwendung von Maschinen, durch Assoziation und Konzentration der Kräfte und in anderer Weise nach dem augenblicklichen Stande der Intelligenz hat geschehen können, um die Fabrikation und Produktion möglichst vortheilhaft zu betreiben, kann wohl als geschehen betrachtet werden, ohne damit zukünftige Vervollkommnungen zu bestreiten, welche das Werk allmählicher und zufälliger Motoren sind und demzufolge zu keinen Hoffnungen auf baldige und wesentliche Veränderung der Preise berechtigen.

Wie die Sachen jetzt liegen, werden nach menschlicher Voraussicht die sogenannten hohen Preise, da sie nur als das Resultat des gesteigerten Nationalvermögens anzusehen sind, dauernd bei uns herrschen; man muss mit ihnen, als ständigen Faktoren rechnen, soweit nicht naturwidrige Auswüchse darunter vorkommen, welche

erst nach und nach hinweg amputirt werden. Der Einfluss jener Preissteigerung auf die Subsistenz der Beamten und Arbeiter ist durch ebenmässige Erhöhung der Gehalte und Löhne paralysirt. Diese Ausgleichung ist ein ebenso unvermeidliches Gesetz wie die Preissteigerung als Folge der Vermehrung der Zirkulationsmittel: insofern also die jetzigen hohen Preise als permanent zu betrachten sind, müssen auch die jetzigen Gehalte und Löhne als angemessene und nothwendige Äquivalente für die Leistung der Beamten und Arbeiter angesehen werden, man kann alsdann nicht auf eine Reduktion der Gehalte und Arbeitslöhne rechnen, muss vielmehr die Dispositionen für die Zukunft unter Zugrundelegung der heutigen Löhne und Preise treffen.

Das Steigen der Preise, Löhne und Gehalte mit der Vermehrung der Umlaufsmittel und mit der Beschleunigung der Zirkulation, namentlich aber die Gleichmässigkeit dieses Steigens der Preise, der Löhne und der Gehalte, liefert, da das Endresultat sich aus den Handlungen von tausend und aber tausend unabhängig operirenden Menschen zusammensetzt, also nicht auf einer Verständigung oder Berechnung beruht, einen beachtenswerthen Beweis für die Sicherheit, womit sich die wahren Gesetze der Volkswirtschaftslehre ebenso wie die Gesetze der Ereignisslehre oder Wahrscheinlichkeitsrechnung vollziehen. Ich kann diese Beobachtung nicht vorübergehen lassen, ohne daraus ein Reklame für einige andere mit unserem Gegenstande in naher Verbindung stehenden theoretischen Sätze abzuleiten, welche vielfach verkannt und im vermeintlichen, aber dennoch missverstandenen Parteiinteresse durch willkürliche und falsche Ansichten ersetzt werden.

Der wichtigste dieser Sätze lautet:

1. Derjenige Preis für eine Arbeit oder Lieferung, für ein Fabrikat oder Produkt ist der richtige, welcher dem Geschäftsunternehmer den höchsten Reinertrag einbringt. Alles, was dagegen gesagt wird, ist oberflächliches Gerede, und die Gesetze, welche die Erreichung des höchsten Ertrages bloss desshalb verhindern, um dem Abnehmer zivile Preise zu sichern, sind politische Fehler.

Zur Erläuterung des vorstehenden Satzes heben wir hervor, dass weder der absolut niedrigste, noch der absolut höchste Preis den grössten Ertrag liefert. Der niedrigste Preis, welcher dem Verschenken gleich kömmt, liefert gar keinen Ertrag, nährt also überhaupt kein Geschäft, macht dasselbe unmöglich, schadet also ebenso sehr dem Unternehmer, wie der Gesamtheit als Abnehmer. Der höchste Preis findet keinen Abnehmer, liefert also ebenfalls keinen Ertrag und macht das Geschäft gleichfalls unmöglich zum Nachtheile des Unternehmers wie der Gesamtheit. Zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Preise liegt demnach der richtige und dieser ist kein anderer, als derjenige, welcher den höchsten Reinertrag liefert. Dass dieser Preis das Interesse des Unternehmers

befriedigt, liegt auf der Hand, dass er aber auch dem Interesse der Gesamtheit entspricht, leuchtet nicht sofort ein: man ist zunächst nur geneigt, demselben unter dem Vorbehalte zuzustimmen, dass der Verdienst des Unternehmers kein übermässiger sei. Wenn dieser Verdienst über ein gewisses Maass steigt, hält man ihn für einen ungebührlichen: das ist er auch; allein es wäre ein Fehler und ein Schlag gegen das eigene Interesse des Konsumenten, wenn er den Unternehmer durch gesetzliche Maassregeln an der Erreichung des höchsten Gewinnes verhindern wollte. Denn durch solche Maassregeln, welche offenbar nicht anders wirken, als der Mehlthau auf der Blüthe, wird der Flor eines Geschäftszweiges mehr oder weniger verkümmert, das Streben nach Ausbreitung durch Gründung neuer Geschäfte gedämpft; die bestehenden Geschäfte werden also vor der Konkurrenz neuer geschützt. Die Gesamtheit geht hiernach in dem Bestreben, den Gewinn gewisser Unternehmer zu verringern, des grösseren Vortheils verlustig, den ihr die Ausbreitung des fraglichen Geschäftes und die Konkurrenz darin um so gewisser bringt, je höher der augenblickliche Gewinn ist. Die freie Thätigkeit und die Erkenntniss des eigenen Interesses sind im allgemeinen viel wirksamere und bessere Regulatoren für volkswirtschaftliche Differenzen als reglementarischer Zwang und die Weisheit doktrinärer Gesetzgeber.

Eine Konsequenz des vorstehenden Satzes ist, dass dasjenige Arbeitslohn das richtige und von dem Arbeiter zu erstrebende ist, welches ihm den grössten Reinertrag, die meisten Vortheile, den höchsten Lebensgenuss verschafft. Die Höhe des Lohnes, welches diese Bedingung erfüllt, hängt von den besonderen Arbeits-, Bevölkerungs- und Geldverhältnissen eines jeden Landes ab und ist keineswegs die grösstmögliche. Mit der Höhe des Lohnes wachsen zugleich die Preise aller durch Arbeit erzeugten Lebensbedürfnisse, also auch die Ausgaben des Arbeiters. Mit der Höhe des Lohnes vermindert sich die Aussicht auf Beschäftigung und es verstärkt sich die Konkurrenz der Maschinen und sonstigen Arbeitsmotoren. Wenn das Lohn ein gewisses Maass überstiege, würde die Beschäftigung aller Arbeiter geradezu unmöglich werden, und bei der dann eintretenden geringen Beschäftigung und hohen Ausgabe würde trotz des hohen Lohnes ein Nothstand obwalten. Hieraus geht hervor, dass das für den Arbeiter vortheilhafteste Lohn ein von den Zeitverhältnissen abhängiges bestimmtes Maass hat. Wäre dasselbe höher, als das jetzige; so würde kein Vernünftiger dem Arbeiter verargen können, dasselbe zu beanspruchen: der augenblickliche Mangel an Arbeit, die allgemeine Stockung der Industrie und die Lähmung des Verkehrs scheint jedoch anzudeuten, dass das vortheilhafteste Lohn gegenwärtig nicht über, sondern unter dem bestehenden liegt. Übrigens ist der kompetente Richter über die Angemessenheit des Arbeitslohnes der Arbeiter selbst, worunter man natürlich den über seine Interessen aufgeklärten Arbeiterstand verstehen muss. Es bedarf

keiner Schutz- und Präventivmaassregeln, welche den Arbeiter an der Verfolgung seiner Interessen hindern; die in der letzteren Zeit geschehene Hinwegräumung aller derartigen Schranken wird sich trotz der Missbräuche, welche die plötzlich gewährte Freiheit hier und da veranlasst hat, bei wachsender Erkenntniss für die Arbeiter sowohl wie für die Arbeitgeber nützlicher erweisen, als das frühere Bevormundungssystem.

Mit derselben Konsequenz muss man einräumen, dass derjenige Preis der Butter, des Fleisches, des Brodes u. s. w. der richtige ist, welcher dem Landwirthe, dem Fleischer, dem Bäcker den grössten Vortheil gewährt. Wäre es sicher, dass alle produzierte Butter für den Preis von einem Thaler pro Pfund verkauft würde und dass dieser Preis die eigenen Ausgaben des Landwirthes nicht unverhältnissmässig steigerte, ihm keine dauernd nachtheilige Konkurrenz anderer Länder, anderer Fabrikationszweige, anderer Stoffe zuzüge; welcher Grund sollte ihn abhalten, diesen Preis zu fordern? Unzweifelhaft ist ein bestimmter Preis für dieses und jedes andere Nahrungsmittel und Lebensbedürfniss der vortheilhafteste und dieser ist der angemessene und richtige. Dem Produzenten allein aber kann man es überlassen, diesen angemessenen Preis, eben weil es der für ihn vortheilhafteste ist, zu finden: Fleisch- und Brod-taxen sind anerkannt unnütze, ja nachtheilige Beschränkungen der freien Bewegung.

Eine fernere Anwendung des obigen Satzes führt zu der Erkenntniss, dass derjenige Tarifsatz für die Eisenbahnbeförderung der richtige ist, welcher den Bahneigenthümern den höchsten Reinertrag, die höchste Dividende verschafft. Kein Sachkenner wird glauben, dass der höchste Reinertrag mit dem höchsten Tarife verbunden sei. Die steigende Höhe des Tarifes vermindert die Frequenz, aber auch die Betriebskosten, so dass der Vortheil des höheren Einheitspreises und der geringeren Betriebskosten durch die verminderte Transportmasse geschmälert wird. Die sinkende Höhe des Tarifes vermehrt die Frequenz, bedingt aber grössere Betriebskosten, so dass sich dem Nachtheile des niedrigeren Einheitspreises und der höheren Betriebskosten der Vortheil der vermehrten Transportmasse gegenüberstellt. Immer wird es hiernach einen bestimmten Tarifsatz geben, welcher den grössten Reinertrag liefert, und dieses ist der richtige für die Bahnverwaltung und das Publikum. Die Bahn-verwaltungen, Privat- wie Staatsverwaltungen, haben durch die ununterbrochene Herabsetzung der Tarife, welche in dem fünfundzwanzigjährigen Zeitraume von 1848 bis 1873 einer durchschnittlichen Ermässigung auf 40 Prozent des früheren Satzes entspricht, den Beweis geliefert, dass dieselben keineswegs unbedingt die Tariferhöhung, sondern bei den in jener langen Vorzeit herrschenden Verhältnissen unbedingt die Tarifiermässigung als ihren Interessen entsprechend erachteten. Ganz ebenso haben sie seit 1873, wo die durch ungewöhnliche Ereignisse erzeugten hohen Löhne und Preise mit dem unaufhaltsamen Sinken des Verkehrs zusammenfielen, eine Tariferhöhung in ihrem Interesse für nothwendig

gehalten. Das Verfahren der Bahnverwaltungen in der Vorzeit muss dem Publikum die Bürgschaft dafür geben, dass sie aus eigener Bewegung die Tarife wieder herabsetzen werden, wenn es zeitgemäss, d. h. wenn es für sie vortheilhaft ist. Die Hinweisung auf die von den Bahnverwaltungen bei den früheren Tarifiermässigungen faktisch befolgte Tarifpolitik hat mehr ein wissenschaftliches, als ein praktisches Interesse, da der Vorgang lehrt, wie sich die richtigen Regeln der Volkswirtschaft scheinbar von selbst erfüllen, wenn den wirkenden Kräften nur freier Spielraum gelassen wird: im Uebrigen bedarf es keiner Bestätigung, dass ein Jeder das von selbst thun wird, was für ihn vortheilhaft ist, wenn ihm nur freie Disposition gelassen ist. Diese Handlungsweise ist ebenso selbstverständlich, wie das Streben nach Tarifierhöhung, wenn es durch die Umstände geboten wird. In allen Fällen aber, nicht bloss bei der Ermässigung, sondern auch bei der Erhöhung erscheint der Bahneigenthümer als der allein kompetente Richter über die Angemessenheit des Tarifes, und die bisherige Staatsmaxime, dem Bahneigenthümer die freie Bewegung nur für die Herabsetzung, nicht für die Hinaufsetzung des Tarifes zu gewähren, widerspricht ebenso sehr dem Interesse des Bahneigenthümers wie dem des Publikums. Allerdings spürt der Versender nicht augenblicklich einen Nachtheil, wenn die Bahnverwaltungen gezwungen werden, ihm mit Opfern Transporte zu beschaffen; ja, die augenblickliche Ersparniss an Transportkosten verleitet ihn wohl zu dem Glauben, dass es für die Menschheit am allerbesten wäre, wenn gar keine Transportkosten erhoben würden, wie es sehr wohl geschehen könnte, sobald der Staat alle Bahnen übernähme und dieselben aus dem grossen Staatssäckel ohne jede Frachterhebung verwaltete und betriebe. Das wäre gewiss sehr schön und liesse sich sofort ausführen, sowie nur alle Diejenigen, welche ihr Geld in Eisenbahnanlagen und in Staatspapieren angelegt haben, diesen Theil ihres Vermögens zum allgemeinen Besten auf dem Altare des Vaterlandes niederlegten und wenn alle Staatsangehörigen sich überzeugten, dass das Reisen und Transportiren ein gemeinnütziges Geschäft sei, an welchem sich ein Jeder im Verhältniss seiner Steuerkraft betheiligen müsse. Unter solchen Umständen würde die Transportmasse unzweifelhaft auf ihr absolutes Maximum gesteigert werden; man würde das Werthloseste und Unnützeste in die weitesten Entfernungen senden; die Nation würde eine Wandergesellschaft werden; die Betriebskosten würden nicht bloss in Folge der Inanspruchnahme der Bahnen, sondern auch in Folge des mit dem Verwaltungsinteresse verschwindenden Zwanges einer ökonomischen Bewirthschaftung jedes Maass übersteigen und die Bevölkerung würde in anderer Form und Vertheilung die höchsten Tarifsätze zahlen.

Die Regeln der Volkswirtschaft beruhen nicht auf einem einzigen Grundsatz, wie dem vorhin hinsichtlich des richtigen Preises ausgesprochenen. Es konkurriren hier, wie in jedem Wissenschaftsgebiete,

stets mehrere Grundsätze, welche sich nicht ausschliessen, sondern ergänzen. Zwei wesentliche Sätze, welche dem obigen an die Seite zu stellen sind und dazu beitragen werden, manche Bedenken zu zerstreuen, welche sich aus einer unbedingten Anerkennung jenes Satzes ergeben könnten, sind die folgenden.

2. Diejenige Geschäftseinrichtung ist die beste, welche den **niedrigsten** Preis zu dem **richtigen** (dem für den Geschäftsinhaber vortheilhaftesten) Preise macht. Derselbe leitet zu einer zweckmässigen und ökonomischen Anlage und Geschäftsführung hin; die thunlichste Beschränkung der Geschäftskosten ist das eine, die grösstmögliche Leistungsfähigkeit das andere Ziel desselben.

Dass dieser Satz dem Interesse des Abnehmers entspricht, bedarf kaum der Erwähnung, dass er aber auch das Interesse des Unternehmers befriedigt, leuchtet ein, wenn man erwägt, dass die zweckmässigste Geschäftseinrichtung zugleich den grössten Schutz vor der Konkurrenz, also die grösste Sicherheit und Stabilität des Unternehmens gewährt.

Der dritte hier noch hervorzuhebende Satz lautet:

3. Derjenige Geschäftsumfang ist im Gesamtinteresse der angemessenste, bei welchem das obwaltende Bedürfniss mit Vollbeschäftigung des ganzen Apparates gedeckt wird. Dieser Umfang ist die Vorbedingung des **normalen** Preises.

Ist der Apparat zu klein, sodass er das Bedürfniss nicht deckt; so erzeugt die unbefriedigte Nachfrage übermässige Preise und einen ungebührlichen Gewinn für den Unternehmer. Ist der Apparat zu gross, sodass er nicht voll beschäftigt ist; so entstehen, wenn alle Unternehmer sich verständigen, aus den zu hohen Anlage- und Betriebskosten zu hohe Preise oder, wenn sich die Unternehmer nicht verständigen, sondern den Konkurrenzkampf ums Dasein aufnehmen, verkümmert das Geschäft, die Anlagekosten gehen mehr oder weniger verloren, die Solidität leidet, die Entwicklung, Verbesserung, der Fortschritt wird gehemmt, die Gesamtheit erfährt die übeln Folgen des mit dem Bedürfnisse nicht harmonirenden Zustandes in anderer Form und zwar so lange, bis durch Verluste Einzelner und durch Entwerthung gewisser oder aller Theile der Anlage der Gleichgewichtszustand hergestellt ist, welcher schliesslich den normalen Preis herbeigeführt.

Die Anerkenntniss der gegenwärtig bestehenden hohen Löhne und Preise als natürliche und dauernde Folgen der veränderten Finanzverhältnisse unseres Landes involvirt ein ferneres Motiv, die vorhin besprochenen, in der Schwindelperiode geschaffenen, der Forderung des Satzes 3 widersprechenden Schwierigkeiten und Nachtheile durch eine ganz im Sinne des Satzes 2 liegende Steigerung der Leistungen der Arbeiter und Beamten auszugleichen. Eine solche höhere Leistung wird durch Erweckung eines höheren Interesses des Personals an dem finanziellen Geschäftsausfalle, also durch Betheiligung desselben am Gewinne

ohne Zweifel erzielt: das Personal wird sicherlich seine körperlichen und geistigen Kräfte behuf Erzielung eines möglichst hohen Reingewinnes stärker anstrengen, Vergeudungen und Beschädigungen des Materials sorgfältiger vermeiden, der unnöthigen Vermehrung der Arbeitskräfte in den einzelnen Geschäftskrisen entgegenzutreten, wenn dasselbe die Früchte dieses Reingewinnes mit erntet.

Die Betheiligung des Personals am Gewinne, welche hiernach als nützlich für den Geschäftsinhaber erscheint, ist durch die zahlreichen Prämiirungen des Minderverbrauches auf einem sehr grossen industriellen Gebiete nicht bloss im Prinzipie als zweckmässig anerkannt, sondern bereits durch mehrfache Versuche in Deutschland und England auf dem Gebiete der Zucker- und Eisenindustrie von der Praxis sanktionirt worden. Es handelt sich also weder um eine neue Idee, noch um ein neues Verfahren, sondern lediglich um die Frage, ob es nicht zeitgemäss sei, mit einer den Anschein der Zweckmässigkeit an sich tragenden und in mannigfacher Form bereits ausgeführten Einrichtung allgemeiner vorzuschreiten. Wie mir dünkt, räth hierzu nicht nur die vorhin erwähnte Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage des Geschäftes, sondern auch die in den letzten Jahren immer mehr und mehr unter den Arbeitern verbreiteten und allmählich in manche Beamtenkreise eindringenden sozialdemokratischen Tendenzen.

Von diesen Tendenzen werden sich bei einer gewissenhaften Prüfung manche als berechtigt und manche als unberechtigt erweisen. Den letzteren, auf den Umsturz der bestehenden sozialen Verhältnisse gerichteten Tendenzen wird man am besten durch Förderung der ersteren begegnen. Die hierdurch bewirkte Versöhnung des Kapitals mit den Arbeitskräften, welche durch ihre Thätigkeit ersteres fruchtbar machen, muss ganz abgehen von den obigen direkten Vortheilen, vermöge des in ihr liegenden sittlichen Elementes dem Unternehmen nothwendig auch auf indirektem Wege zum Nutzen gereichen. Indem die Feindseligkeit zwischen Kapital und Arbeit und die Unzufriedenheit des Arbeiters einer versöhnlichen Stimmung Platz macht, bahnt sich eine Solidarität der Interessen zwischen beiden und eine Anhänglichkeit an, welche dem Geschäftsinhaber einen tüchtigen Stamm von Arbeitskräften erzieht und erhält.

Es soll hier nicht weitläufig untersucht werden, ob die Gründe, welche von Seiten des Beamten und Arbeiters angeführt werden können, um den Anspruch auf Betheiligung am Gewinne zu rechtfertigen, auf Recht und Billigkeit beruhen. Es lässt sich Manches für und Manches gegen diesen Anspruch anführen.

Für denselben spricht, dass die Einsetzung der physischen und intellektuellen Arbeitskraft zum Betriebe eines Geschäftes dieselben allgemeinen Bedingungen eines Theilnehmers am Geschäft erfüllt, wie die Einsetzung eines gewissen Kapitals, insoweit die generelle Fruchtbarkeit dieser beiden Faktoren und der Umstand in Betracht gezogen wird, dass der eine Faktor ohne den anderen todt ist.

Gegen jenen Anspruch spricht, dass der Beamte oder Arbeiter, indem er ein festes Lohn vorweg empfängt, nicht das Risiko des Kapitals trägt, dessen Zinsenertrag durch ungünstige Verhältnisse unter den mittleren Zinsfuss herabsinken, welches also möglicherweise entwerthet werden kann. Das letztere Argument ist übrigens nur ein halbes. Der Beamte und Arbeiter hat auf viele Dinge, von welchen die Rentabilität des Unternehmens abhängt, keinen Einfluss, z. B. nicht auf die Erwägung der Grundfrage, ob das Kapital in dem Unternehmen zeitgemäss und günstig placirt ist, nicht auf die Disposition und Ausführung der Anlage, nicht auf die Leitung des Geschäftes u. s. w. Demnach kann man ihn wohl als einen Theilnehmer anerkennen, ohne ihm jedoch das volle Risiko des Kapitals zuzumuthen. Sein Risiko muss nothwendig ein beschränkteres sein, und diese Beschränkung spricht sich eben in dem Präzipuum eines festen Minimallohnes aus.

Man kann die vorstehende Anschauung auf folgende Sätze zurückführen. Das Kapital hat das Risiko für die Rentabilität bis zur Höhe der üblichen Zinsen ganz allein zu tragen, weil der Schluss berechtigt ist, dass, wenn diese Rentabilität nicht erreicht wird, die Schuld entweder den Konkurrenzen und Konjunkturen, oder der Unzeitgemässheit des Unternehmens, oder der Mangelhaftigkeit der Verwaltung, oder anderen, dem Einflusse der Beamten und Arbeiter entrückten, nur vom Unternehmer zu vertretenden Verhältnissen zur Last fällt. Wird dagegen eine höhere Rentabilität erreicht, so ist das Resultat der Mitwirkung gewisser ausserhalb der Machtsphäre des Kapitals liegenden Faktoren zu danken, und zu diesen Faktoren gehören die Beamten und Arbeiter, welchen demgemäss ein Mitanspruch an die Superdividende einzuräumen ist, selbst wenn ihnen kein Risiko für die Unterdividende zugemuthet werden kann. Allerdings giebt es Gewinne, welche dem Unternehmungsgeiste ohne Betheiligung der Beamten und Arbeiter zuzuschreiben sind. Allein, insofern derartige Gewinne als das natürliche und voraussichtliche Ergebniss einer besonderen geistigen Begabung dieser oder jener Person zu betrachten sind, bietet sich das rationelle Mittel dar, der Qualifikation des Betreffenden durch entsprechende Erhöhung seiner Betheiligungsziffer Rechnung zu tragen; fehlt aber eine solche taxirbare Kapazität, so kann dafür nicht ohne Weiteres das todte Kapital substituirt werden.

Das Geld allein, ohne geistigen Motor, kann niemals mehr als die durch Ausleihung zu erwerbenden Zinsen verdienen; dasselbe kann also bei der Gewinnvertheilung niemals einen gewichtigeren, als den seinem Umfange entsprechenden Faktor darstellen; nur die lebenden Faktoren können nach Maassgabe ihrer Fähigkeit und Thätigkeit ihr Gewicht verändern.

Wenngleich eine erschöpfende Diskussion der Billigkeitsansprüche des Beamten und Arbeiters an die Betheiligung am Gewinne auf sich beruhen bleiben und die ganze Frage nur aus dem Gesichtspunkte des

Interesses des Geschäftsunternehmers betrachtet werden soll; so ist doch die Anführung der vorher genannten beiden sich einander widersprechenden Gründe nothwendig, weil nur unter ihrer Berücksichtigung ein rationelles Maass für die Betheiligung des Personals am Gewinne gefunden werden kann. Wie bemerkt, widersprechen sich jene beiden Gründe nicht in der Weise, dass sie sich gegenseitig unbedingt ausschliessen; sie beschränken sich vielmehr nur, d. h. der erste Grund, welcher für die Betheiligung des Personals am Gewinne aus Billigkeitsrücksichten spricht, bleibt trotz des zweiten Gegengrundes gültig: dieser zweite Grund spricht überhaupt nicht absolut gegen die Zulassung der fraglichen Betheiligung, sondern nur gegen die Gleichberechtigung des Personals und des Unternehmers, derselbe fordert also eine sachgemässe Reduktion der Ansprüche des Personals an dem Gewinne. Ein rationelles Maass für die fragliche Betheiligung dürfte sich durch folgende Betrachtung ergeben.

Zunächst muss der Zinsfuss festgesetzt werden, welchen man nach den jeweiligen Verhältnissen des Geldmarktes als denjenigen ansehen kann, mit welchem sich ein Kapital ohne Risiko und ohne intellektuelle Bemühung des Besitzers, also durch Ausleihung auf sichere Hypothek oder durch Anlegung in sicheren Papieren nutzen lässt. Angenommen, dieser Zinsfuss betrage 5 Prozent. Wenn also ein Kapitalist von 100 Thaler Kapital, welches er in irgend einem Unternehmen anlegt oder auf sonstige Weise nutzt, nur 5 Thaler jährlichen Ertrag bekommt; so bringt ihm das Unternehmen noch keinen Gewinn: Dasselbe erweist sich noch nicht fruchtbar, sondern eben nur lebensfähig, indem es dem Kapitale denjenigen Zoll abträgt, der ihm überall und ohne Anstrengung gewährt wird und ohne welchen sich überhaupt kein Anlagekapital findet, also kein Unternehmen möglich ist. Auf diese 5 Thaler kann mithin kein anderer Theilnehmer, als der Unternehmer einen motivirten Anspruch erheben: erst höhere Reinerträge können einen solchen Anspruch für die Arbeiter und Beamten als physische und intellektuelle Theilnehmer begründen, und dürfte der Grad der Betheiligung an dem fraglichen Gewinne durch folgende Erwägung zu bestimmen sein.

Wenn die Dienstleistung eines Arbeiters bei mittlerer Befähigung und mässiger Anstrengung seiner geistigen oder körperlichen Kräfte in einem speziellen Falle mit 300 Thaler jährlich in der Überzeugung bezahlt wird, dass diese Besoldung bei den herrschenden Preisen eben zur Befriedigung der dem Bildungsgrade und der Stellung des Betreffenden nach dem allgemeinen Volksurtheile zuerkannten Ansprüche ausreicht, wenn also eine Arbeitskraft mit 300 Thaler jährlich gerade so reichlich und gerade so knapp honorirt ist, wie ein Kapital von 100 Thaler durch den jährlichen Zins von 5 Thaler bezahlt ist; so erscheint jener Arbeiter wie ein Geschäftstheilnehmer, welcher ein Kapital von $300 \cdot \frac{100}{5} = 6000$ Thaler zum Geschäftsbetriebe eingeschossen hat und es rechtfertigt sich der Schluss, dass wenn der Unternehmer, welcher sich an dem Geschäfte

nur mit Geld betheilt hat, 6 Prozent empfängt, auch dem gedachten Arbeiter, welcher zur Erzeugung des Mehrgewinnes von 1 Prozent sein Theil beiträgt, ein um $\frac{1}{5}$ höheres Lohn, also ein Lohn von $300 \cdot \frac{6}{5} = 360$ Thaler gebührt.

Müsste man anerkennen, dass die Besoldung von 300 Thaler ein reichlicheres Äquivalent für die fragliche Dienstleistung wäre, als ein Zinsenertrag von 5 Thaler für ein Kapital von 100 Thaler, dass also jene Besoldung schon die Mittel zu einem gewissen Luxusaufwande oder zu Ersparnissen darböte; so würde der betreffende Arbeiter nicht denselben Anspruch auf den über 5 Prozent sich ergebenden Geschäftsgewinn wie vorher haben; seine Ansprüche würden sich vielmehr ermässigen.

Würde z. B. die Besoldung von 300 Thaler für ebenso reichlich gehalten wie eine Kapitalverzinsung von 6 Prozent; so müsste den bei dem Geschäfte betheiligten Kapitalien erst ein Zins von 6 Prozent zugestanden werden, ehe von einer Betheiligung jenes Arbeiters an dem Gewinne die Rede sein könnte.

Die genaue Berücksichtigung der Ansprüche der einzelnen Theilnehmer nach diesem Principe würde eine etwas umständliche und unübersichtliche Rechnung ergeben. Für die Praxis würde es sich empfehlen, einen Theilnehmer, welcher eine bestimmte Besoldung a empfängt, die einer Ausnutzung seiner Arbeitskraft mit b Prozent gleich geachtet wird, während c der Zinsfuß ist, womit ausgeliehenes Geld genutzt werden kann,

mit dem Kapitaleinschusse von $\frac{100 a}{b}$ bei der Vertheilung des über c Prozent erfolgenden Gewinnes in Rechnung zu stellen. Würde also die Besoldung von 300 Thaler wie eine sechsprozentige Nutzung angesehen; so erschiene die betreffende Arbeitskraft wie ein Kapitalist von $100 \cdot \frac{300}{6} = 5000$ Thaler. Würde dieselbe wie eine vierprozentige Nutzung angesehen; so erschiene die Arbeitskraft mit dem Kapitaleinschusse von $100 \cdot \frac{300}{4} = 7500$ Thaler.

Bei Arbeitern, welche in Akkord arbeiten, wird der Verdienst als eine höhere Nutzung der Arbeitskraft in Anschlag zu bringen sein, wie bei Arbeitern welche in Tagelohn arbeiten. Beamte mit ungewöhnlich hohen Besoldungen können von der Betheiligung am Gewinne ganz ausgeschlossen oder nur mit entsprechend verkleinerten Faktoren zugelassen werden. Wenn man z. B. eine Besoldung von 3000 Thaler wie eine Nutzung der Arbeitskraft mit 50 Prozent betrachtete, würde der betreffende Beamte nur mit dem Kapitaleinschusse von 6000 Thaler in Rechnung treten.

Arbeiter und Personen, welche nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigt zu werden pflegen, sondern zu vorübergehenden oder periodischen Geschäften herangezogen werden, können nicht füglich an dem Gewinne betheilt werden. Auch Personen, welche bei dem Unterneh-

men nicht betheilt sind, wenn sie auch zu den Theilnehmern in einem bestimmten Dienstverhältnisse stehen, wie z. B. die Privatdiener der Theilnehmer, kommen selbstredend nicht in Betracht.

Auf diese Weise ergibt sich durch Kapitalisirung der Besoldungen, der Löhne und des akkordmässigen Verdienstes des Personals unter Annahme geeigneter Zinsfusse für die einzelnen Klassen ein Geldbetrag, welcher sich dem auf das Unternehmen verwandten Kapitale gegenüber stellt, um an dem über 5 Prozent erzielten Gewinne theilzunehmen.

Was den Werth des letzteren Kapitals betrifft; so besteht dasselbe zunächst aus dem eingeschossenen Aktienkapitale oder sonstigen zugebrachten Vermögen des Geschäftsinhabers. Wenn die Vermögensstücke, welche dem Unternehmen zur Nutzung überwiesen sind, in Grundstücken oder anderen Werthobjekten bestehen, sind sie natürlich mit dem entsprechenden Kapitalwerthe in Ansatz zu bringen.

Prioritäts- und Hypothekendarlehen kommen selbstredend dann nicht in Betracht, wenn die für die ersten geschaffenen oder die mit den letzteren belasteten Objekte mit ihrem Werthe bereits in Ansatz gebracht sind. Wäre also z. B. ein Grundstück mit einer Rentenschuld erworben, also durch den Kaufpreis nur theilweise bezahlt, während der andere Theil eben durch die Rente getilgt wird; so käme entweder das Grundstück mit seinem vollen Werthe in Betracht, oder es müsste neben dem Kaufpreise noch die kapitalisirte Rentenschuld in Ansatz gebracht werden. Dass die auf dem Unternehmen ruhenden Schulden nach ihrem Kapitalwerthe dem Geschäftsinhaber wie Kapitaleinschüsse angerechnet werden müssen, dass also der darauf fallende Gewinnantheil dem Geschäftsinhaber allein gebührt, rechtfertigt sich dadurch, dass er für die Bezahlung dieser Schulden die Verantwortung und Gefahr allein trägt, sodass die auf diese Schulden zu zahlenden Zinsen von dem Bruttogewinne selbst unter gänzlicher Aufzehrung des Nettogewinnes des Inhabers immer erst vorweg bestritten werden müssen.

Bei der Anrechnung der Schulden als Theile des arbeitenden Kapitals des Geschäftsinhabers müssen die Renten nach dem angenommenen Zinsfusse von 5 Prozent kapitalisirt und die als Schuldkapitale gegebenen Posten in fünfprozentige Schulden konvertirt werden, ein sechsprozentiges Schuldkapital ist also in dem Verhältnisse $\frac{6}{5}$ zu vergrössern und ein vierprozentiges in dem Verhältnisse $\frac{4}{5}$ zu verkleinern.

Bei dieser Rechnungsweise sind die für Schulden zu bezahlenden Zinsen, sowie die Jahresrenten als Theile des Reingewinnes des gesammten arbeitenden Vermögens in Betracht zu ziehen.

Ausgaben für Erweiterungen der ursprünglichen Anlage, welche von den Betriebseinnahmen bestritten werden, vergrössern das Anlagekapital des Geschäftsinhabers. Ausgaben für Erneuerungen abgängig werdender Anlagen vergrössern das nutzbringende Kapital nicht.

Amortisationen von Schulden lassen das arbeitende Kapital ebenfalls ungeändert, vermindern aber die zukünftigen Jahresausgaben.

Abschreibungen und Werthverminderungen, soweit sie durch Rücklagen in einen besonderen Reservefonds gedeckt sind, lassen das Anlagekapital ebenfalls ungeändert: soweit sie nicht gedeckt sind, vermindern sie dieses Kapital.

Alle diese und ähnliche Ausgaben, wenngleich sie zum Theil ihrer Natur nach als aus dem Gewinne bestritten angesehen werden müssten, können doch nur als Betriebsausgaben gelten, gehen also von dem zu vertheilenden Gewinne ab. Der Rechtfertigungsgrund für diese Berechnung liegt darin, dass wenn der Geschäftsinhaber auf den belasteten Gewinnantheil augenblicklich verzichtet, die übrigen Genossen es ebenfalls thun müssen: Beide ernten übrigens die Früchte dieses Verfahrens durch die zukünftigen Gewinnantheile.

Zur Erläuterung des Vorstehenden diene ein Eisenbahnunternehmen, welches mit einem Aktienkapitale von 12 Millionen Thaler und einer hypothekarischen Jahresrente von 900 000 Thaler begründet ist und welches zu seinen späteren Erweiterungen eine vierprozentige Prioritätsanleihe von $2\frac{1}{2}$ Millionen Thaler aufgenommen hat. Das nutzbringende Anlagekapital setzt sich aus folgenden fünfprozentigen Werthen zusammen.

Aktienkapital 12 000 000 Thaler

Kapitalisirte Rente 900 000 $\cdot \frac{100}{5} = 18 000 000$ „

Prioritätsanleihe 2 500 000 $\cdot \frac{4}{5} = 2 000 000$ „

Nutzbringendes Kapital 32 000 000 Thaler

Wenn die Besoldungen und Löhne des regelmässig oder muthmaasslich das ganze Jahr hindurch beschäftigten Personals von Beamten und Arbeitern sich auf 800 000 Thaler belaufen; so repräsentiren alle diese Arbeitskräfte, wenn man sie, dem Kapitale gegenüber, wie fünfprozentige Nutzungen ansieht, ein Kapital von $800 000 \cdot \frac{100}{5} = 16 000 000$ Thaler.

Das gesammte bei der Gewinnvertheilung in Betracht kommende Kapital beträgt daher 48 Millionen Thaler. Die Eisenbahn-Gesellschaft ist hieran mit $\frac{2}{3}$ und das Personal mit $\frac{1}{3}$ betheiligt und in diesem Verhältnisse würde der Gewinn zu repartiren sein, welcher noch verbleibt, nachdem die Gesellschaft 5 Prozent des Kapitals von 32 000 000 Thaler, also 1 600 000 Thaler, nämlich 600 000 Thaler zur fünfprozentigen Verzinsung des Aktienkapitals, ferner 900 000 Thaler zur Bezahlung der Jahresrente und endlich 100 000 Thaler zur Bestreitung der Zinsen der Prioritätsanleihe vorweg enthalten hat.

Der Effekt dieser Betheiligung des Personals am Gewinne würde sein, dass jeder Mehrüberschuss von 120 000 Thaler, welcher ohne die Betheiligung die Dividende der Aktionäre um 1 Prozent des Aktienkapitals erhöhen würde, nunmehr den Aktionären nur 80 000 Thaler, die übrigen 40 000 Thaler aber dem Personale zuweis't, sodass die Dividende nur um $\frac{2}{3}$ Prozent wächst, gleichzeitig aber die Einnahme des Personals um 5 Prozent zunimmt.

Mit Rücksicht auf die allgemeine Wirkung der Betheiligung am Gewinne kann der vorstehende Effekt nur als ein formales Rechnungsergebnis, nicht als ein materielles Finanzresultat angesehen werden. Im Allgemeinen wird man annehmen können, dass die Aussicht auf einen Gewinnantheil die Leistungen des Personals sowohl in positiver Beziehung durch Mehrbeschaffung, als auch in negativer Beziehung durch Verhütung von Verlusten dergestalt erhöhen wird, dass der Nutzen für die Aktionäre grösser ist, als der abgegebene Gewinnantheil.

Hinsichtlich der Betheiligung der einzelnen Geschäftsbranchen, der einzelnen Personalklassen und der einzelnen Individuen an der Gewinnvertheilung; so erscheint es unter Abwägung aller dafür und dazwider sprechenden Gründe am empfehlenswerthesten, sämtliche Beamten und Arbeiter auf gleichen Fuss zu behandeln, d. h. ihnen einen gleichen Prozentsatz ihrer Besoldung von dem auf die Gesamtheit fallenden Gewinnantheile zuzubilligen, wobei selbstredend die bei einzelnen Individuen oder Klassen etwa vorkommende übergrosse Reichlichkeit oder Knappheit der Besoldung in der vorhin bezeichneten Weise durch entsprechende Erniedrigung oder Erhöhung des ihre Betheiligung vertretenden Kapitals berücksichtigt werden kann. Alle Abweichungen von diesem Grundsatz, welche bei einer Bahnverwaltung darin bestehen können, dass man der Werkstättenverwaltung eine andere Betheiligung zugesteht, als der Bahnunterhaltung oder der Betriebsverwaltung, indem man dabei die bisherigen Kosten eines jeden solchen Verwaltungszweiges, reduziert auf gewisse Einheiten, zu Grunde legt, oder welche darin bestehen können, dass man bald nur den Arbeitern, bald dagegen nur den Beamten eine Betheiligung einräumt oder diese Betheiligung für die verschiedenen Geschäfts- oder Berufsklassen variirt, können nicht für zweckmässig gehalten werden.

Die wirklichen Kosten, welche ein grosser Verwaltungszweig in der Vorzeit wirklich verursacht hat, bieten in zu geringem Grade einen Anhaltspunkt für das Urtheil über diejenigen Kosten, welche derselbe eigentlich hätte verursachen sollen und welche für die Zukunft anzustreben sind: ausserdem ist es zu schwierig, die richtigen Einheiten zu finden, auf welche jene Kosten zurückzuführen wären. Ist beispielsweise der Wagenpark einer Bahnverwaltung in der Vorzeit stark vernachlässigt; so kann er in der Zukunft trotz aller Sorgfalt mehr Kosten pro Axmeile verursachen. Sind in der letzten Zeit viel neue Wagen angeschafft; so sinken die Kosten pro Axmeile ohne Verdienst des Personals. Hebt sich die Frequenz; so wachsen die Gesamtkosten des Wagenparks unvermeidlich. Ähnlich verhält es sich mit den Kosten der Bahnunterhaltung, der Betriebsverwaltung u. s. w., und wenn man auch nicht leugnen kann, dass in Ermangelung eines besseren Maassstabes die Ausgaben der Vergangenheit immerhin eine Grundlage für ein Prämiirungssystem abgeben; so ist doch klar, dass diese Grundlage keine bessere ist, als die generelle Rentabilität des ganzen Unternehmens.

Es kommt noch in Betracht, dass bei den meisten Verwaltungen kein Zweig und keine Arbeiter- und Beamtenklasse so selbständig ist, um für sich allein, ohne die Mitwirkung der übrigen, eine wesentliche Ersparniss erzielen zu können. So würde z. B. der Fleiss und die Geschicklichkeit der Werkstättenarbeiter bei der Reparatur der Fahrzeuge unwirksam werden, wenn die Ingenieure schlecht konstruirte oder zu schwach gebaute Fahrzeuge zuliessen, oder wenn die Materialverwaltung zu theure oder schlechte Materialien anschaffte, oder wenn die Lokomotivführer und Rangeure die Fahrzeuge misshandelten, oder wenn die Bauverwaltung die Bahn in zu schlechtem Stande erhielt u. s. w. Wenn das Personal der Hülfbeamten einer Expeditionsstelle fortwährend über Geschäftsüberlastung klagt, sieht sich endlich der Vorstand dieser Stelle genöthigt, eine Vermehrung des Personals beim Inspektionsvorstande zu beantragen; wenn dieser fortgesetzte und dringende Vorstellungen bei der Direktion erhebt, muss Letztere schliesslich die Anträge bewilligen, und in ähnlicher Weise wälzt sich der Drang zur Verstärkung des Beamten- und Arbeiterpersonals und zu Anschaffungen und Aufwendungen jeder Art von unten nach oben fort. Dieser Drang ist umso heftiger und unwiderstehlicher, je weniger sich das Personal in seinen billigen Ansprüchen befriedigt fühlt, und es bleibt immer schwierig, unter solchen Umständen jenem Drange, selbst da, wo derselbe unberechtigt ist, einen wirksamen Damm entgegenzusetzen, weil fortgesetzte Anträge und Klagen in der Regel die Meinung erwecken, dass ein wirkliches Bedürfniss vorliege, und weil auch die beharrliche Ablehnung solcher Anträge die Missstimmung des Personals leicht so sehr steigern kann, dass ein Nachtheil für den Dienst zu befürchten steht. Die Betheiligung des ganzen Personals am Gewinne ist jedenfalls ein wirksames Mittel, ein unnöthiges Drängen nach Vermehrung des Personals in allen Dienstgraden zu verhüten und in vielen Fällen wo der Dienst anstrengend wird, die Bereitwilligkeit zur Ertragung dieser Anstrengung zu erwecken, weil ein Jeder, vom Niedrigsten bis zum Höchsten, die finanzielle Wirkung einer vermehrten Anstrengung zu seinem Vortheile empfindet.

Endlich empfiehlt sich die gleichmässige Betheiligung des gesammten Dienstpersonals durch ihre Einfachheit, durch ihre unmittelbare und unzweifelhafte Verknüpfung mit dem Finanzinteresse des Unternehmers und durch ihren moralischen Effekt, indem sie jeden Grund zu Unzufriedenheit und Missgunst zwischen den einzelnen Personalklassen und zu Beschwerden über Bevorzugung der einen vor der anderen abschneidet.

Im Übrigen erscheint es zulässig und zur Verhütung einer schwerfälligen Ausrechnung wünschenswerth, bei der Repartition des dem Personale zukommenden Gewinntheils nicht jede einzelne Person mit ihrem genauen Verdienste in Rechnung zu stellen, sondern das ganze Personal in Verdienstklassen von 100 zu 100 Thaler zu gruppiren, sodass alle Personen, welche einen Verdienst von 150 bis 250 Thaler haben, mit dem

mittleren jährlichen Verdienste von 200 Thaler u. s. w. in Ansatz gebracht, auch alle diejenigen ausgeschlossen werden, welche beim Jahresschlusse den Dienst aufgegeben haben oder entlassen sind.

Es kann nicht fehlen, dass Mancher, von dessen Zustimmung die Realisirung der obigen Vorschläge abhängt, sein Urtheil über die Angemessenheit der proponirten Sätze durch eine Vergleichung mit der Wirkung leiten lässt, welche eine Anwendung derselben Sätze auf dieses oder jenes andere industrielle Unternehmen ergeben würde.

In dieser Hinsicht muss zur Vermeidung von Fehlschlüssen darauf aufmerksam gemacht werden, dass die meisten Privatgeschäfte, welche nicht für eine öffentliche Gesellschaft, sondern auf Rechnung eines einzelnen Unternehmers gemacht werden, von einem etwas abweichenden Gesichtspunkte betrachtet werden müssen.

Im Allgemeinen hält es der einzelne Inhaber eines Privatgeschäftes mit seinen Kreditverhältnissen nicht vereinbar, über sein Vermögen und seinen Gewinn öffentlich Rechenschaft abzulegen, wie es bei Aktiengesellschaften gesetzlich geschehen muss. Aus diesem Grunde allein ist für ein solches Geschäft ein Tantiemesystem nicht anwendbar und der Inhaber zieht es in der Regel vor, sein Personal nach Maassgabe des allgemeinen und durchschnittlichen Flors des Geschäftes zu honoriren, ohne dabei ein genaues Rechenexempel über den äquivalenten Gewinnantheil aufzustellen. Dieses Personal ist daher häufig höher remunerirt, als es einem Zinsertrage von 5 Prozent für Kapitalien entspricht: seine Besoldung müsste also, wenn man dieselbe in das obige Rechnungsschema einfügen wollte, häufig mit einem höheren Zinsfusse in Ansatz gebracht werden, was darauf hinausläuft, dass diesem Personale nicht schon ein Antheil an dem über 5 Prozent des im Geschäfte angelegten Kapitals gemachten Gewinne, sondern erst ein Antheil an dem über 6, 7 oder 8 Prozent gemachten Gewinne zugestanden werden könnte.

Ferner kömmt in Betracht, dass der Inhaber eines solchen Geschäftes meistens persönlich darin thätig ist, also die Stelle eines Beamten einnimmt. Demzufolge würde derselbe nach den obigen Prinzipien sich selbst unter dem Personale mit einer bestimmten Besoldung für seine Mühewaltung und Intelligenz anzusetzen und auf diese Besoldung ebenso wie auf die des übrigen Personals den betreffenden Gewinnantheil in Anrechnung zu bringen haben. Endlich würde ein solcher Geschäftsinhaber als Geschäftskapital, wovon ihm die Zinsen und der entsprechende Gewinnantheil gebühren, nicht bloss sein eigenes, sondern auch jedes fremde Kapital, welches gegen feste Zinsen zum Geschäftsbetriebe verwandt wird, ansehen dürfen, indem er auch für dieses fremde Kapital das Risiko persönlich trägt.

Unter gehöriger Beachtung aller dieser Voraussetzungen wird wahrscheinlich jeder grössere Geschäftsmann in seinem eigenen Geschäft die Daten zur Kontrolle der obigen Sätze finden und dieselben für angemessen erkennen.

Bei jeder Betheiligung am Gewinne ist eine Schwankung des Verdienstes der Betheiligten unvermeidlich. Eine solche Schwankung ist zwar wegen der damit begründeten Unsicherheit des Einkommens eine Unannehmlichkeit, insofern gehegte Erwartungen bei einem Jahresabschlusse nicht in Erfüllung gehen: allein gerade in der Möglichkeit dieser übeln Folgen eines ungünstigen Geschäftsausfalles für die Betheiligten, welche der Ausdruck der zwischen dem Kapitale und der Arbeit gestifteten Interessengemeinschaft ist, muss ebenso sehr wie in der Hoffnung auf einen günstigen Ausfall das wirksamste Mittel zur Belebung aller Kräfte, welche durch ihre Thätigkeit den Geschäftsausfall beeinflussen, gefunden werden.

Allerdings werden diejenigen Verluste immer schmerzlich empfunden werden, welche ihre Entstehung nicht unmittelbar der Thätigkeit der Beamten und Arbeiter, sondern äusseren unabwendbaren Verhältnissen, insbesondere den Konkurrenzen und Konjunkturen verdanken: allein derartige Verhältnisse entstehen in der Regel nicht urplötzlich, sondern bahnen sich allmählich und in erkennbarer Weise an, lassen sich also häufig durch die gesteigerte Thätigkeit der Betheiligten paralysiren oder doch abschwächen. Für alle übrigen, mit dem besten Willen der Betheiligten und der Verwaltung nicht zu hindernden Verluste bietet sich aber ein Milderungsmittel in einer vorsorglichen Rücklage dar, welche in guten Zeiten für etwaige böse Zeiten gemacht wird.

Derartige Rücklagen sollten ein allgemeines Wirthschaftsprinzip werden. Man sollte zu dem Entschlusse kommen, statutarisch in jedem Jahre, wo die Dividende nach Abrechnung aller für Erneuerung, Werthverminderung, Umgestaltung, Erweiterung, Unfälle u. s. w. zu machenden Reserven mehr als die üblichen Zinsen des Anlagekapitals abwirft, eine Summe, welche einen bestimmten Prozentsatz der über die üblichen Zinsen hinausschiessenden Dividende ausmacht, in einem Amortisationsfonds zu asserviren. Dieser Fonds soll den Zweck haben, das Anlagekapital oder die Prioritäts- und sonstigen auf dem Unternehmen lastenden Schulden zu tilgen oder doch ein diesen Schulden gleichkommendes Baarvermögen zu schaffen. Dasselbe kann, soweit es nicht unmittelbar zur Amortisation verwandt wird, als Betriebskapital benutzt werden. In allen Fällen bildet es eine allmählich anwachsende, vom Gange des Geschäftes unabhängige Einnahmequelle, welche die Wirkung äussert, die Schwankungen der Dividende zu beschränken. Um diese Wirkung mit Sicherheit auszuüben, ist es nicht zulässig, eine unverhofft schwache Dividende aus dem Amortisationsfonds zu verbessern: dieser Fonds muss vielmehr in seinem Bestande, soweit derselbe nicht zur Rückzahlung von Schulden verwandt ist, für unantastbar erklärt, und es dürfen nur seine Zinsen oder die denselben äquivalenten Früchte, welche sich aus der Verwendung als Betriebskapital oder aus der Amortisation ergeben, wie eine Betriebseinnahme verwandt werden.

II.

Nationalversorgung.

Zwischen der menschlichen Arbeitskraft und einem Kapitale besteht insofern ein Unterschied, als Erstere nur während einer gewissen Lebenszeit ihres Besitzers nutzbar ist, während Letzteres seine Nutzbarkeit ohne Unterbrechung auszuüben vermag. Demnach müssen dem arbeitenden Menschen neben dem Werthe für seine Arbeit noch die Mittel zu seiner Subsistenz während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit im Alter und zu der Subsistenz seiner nachgelassenen Familie für die Zeit der Hülfbedürftigkeit derselben gewährt werden.

Bei den meisten Staatseinrichtungen empfängt der arbeitsunfähig gewordene Staatsdiener seine Pension aus der Staatskasse, ohne dass er dafür während seiner Dienstzeit Opfer zu bringen braucht. Diese Einrichtung läuft darauf hinaus, dass der Staat den Staatsdienst für eine im Interesse der Gesamtheit der Staatsbürger zu beschaffende Leistung ansieht und demzufolge die arbeitsunfähig gewordenen Staatsdiener ebenso gut wie die arbeitsfähigen aus den von der Gesamtheit aufgebrachten Steuern bezahlt. Wenn man will, ist die Pension ein vorenthaltener Theil der auf die Zeit der Arbeitsfähigkeit fallenden Besoldung, welcher erst in der Zeit der Arbeitsunfähigkeit zur Auszahlung gelangt.

Für den Staatsdienst, nämlich für die im Gesamtinteresse aller Staatsbürger aufgewandte Arbeit, ist dieses Verfahren offenbar das einfachste und richtigste. Für Privatunternehmungen, insbesondere für Aktiengesellschaften, erscheint dasselbe nicht mehr ganz angemessen, weil eine solche Gesellschaft durch den Wechsel des Aktienbesitzes nicht als eine Körperschaft angesehen werden kann, welche dauernd dasselbe Interesse an der Thätigkeit des eben zum Geschäftsbetriebe erforderlichen Personals hat: den späteren Aktienbesitzern kann nicht wohl die Versorgung des für die früheren Aktienbesitzer thätig gewesenen Personals

zugemuthet werden; es kann vielmehr nur der Grundsatz angenommen werden, dass jeder zeitweilige Aktieninhaber zu den während seines Aktienbesitzes entstandenen Verwaltungskosten beiträgt. Nach diesem Grundsatz muss dem Personale während seiner Dienstzeit über den Werth seiner Arbeit hinaus noch ein Zuschuss an Besoldung gewährt werden, welcher dieses Personal in den Stand setzt, sich für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit die Subsistenzmittel selbst zu verschaffen.

Die meisten Eisenbahnverwaltungen haben Pensionsanstalten für ihre Beamten gegründet. Für die dauernd beschäftigten Arbeiter bestehen nur bei wenigen Bahnverwaltungen derartige Anstalten. Bei den meisten übrigen industriellen und Privatunternehmungen bestehen keine Pensionsanstalten weder für Beamte, noch für dauernd beschäftigte Arbeiter. Für die unter gewöhnlichen Verhältnissen beschäftigten Arbeiter giebt es nirgends Pensionsanstalten.

Bei der Versorgung des Personals handelt es sich nicht bloss um die Versorgung der Invaliden im Alter bis zum Tode, sondern auch um die Versorgung der Kranken während der Krankheitszeit und der hinterbleibenden Wittwen, Waisen und Hülfbedürftigen nach dem Tode des Versorgers.

Die Versorgung in Krankheitsfällen geschieht bei den Angestellten im Staats- und Privatdienste, wenn die Krankheit nicht zu lange dauert oder nicht zur Invalidität führt, durch Fortzahlung des Gehaltes, ein Verfahren, welches sich durchaus empfehlen dürfte. Bei den Nichtangestellten, insbesondere den Arbeitern, ist für die Versorgung während einer Krankheitszeit in der Regel durch Unterstützungsanstalten Vorsorge getroffen.

Bei der Versorgung der Wittwen und Waisen bis zum Mündigkeitsalter wird im Staatsdienste gewöhnlich nicht das bei der Pensionirung übliche Prinzip befolgt. Die Wittwen- und Waisenpensionen werden nicht aus der Staatskasse, sondern aus der von den Beamten selbst dotirten Wittwen- und Waisenversorgungskasse gezahlt. Es ist also hier auf das Prinzip der Selbsthülfe rekurirt, wenn auch nicht immer nach den strengen Grundsätzen des Versicherungswesens. So sind in der Regel diejenigen, welche wirklich Wittwen oder Waisen hinterlassen können, nämlich die Verheiratheten dadurch begünstigt, dass sämtliche Staatsdiener, gleichviel, ob sie verheirathet sind oder nicht, von der Anstellung an bis zu ihrem Tode Mitglieder jener Kasse sein und ihre Beiträge zahlen müssen. Ausserdem erhält manche dieser Kassen einen regelmässigen jährlichen Zuschuss aus der Staatskasse.

Die Versorgung des Personals im Grossen und Ganzen ist unverkennbar höchst mangelhaft. Der Staat leistet darin das Meiste, aber nur für die Beamten, nicht für die Arbeiter. In der Privatindustrie sind es fast nur die Bahnverwaltungen, welche das Nämliche oder etwas Ähnliches leisten wie der Staat. Bei den übrigen Unternehmungen und in den sonstigen Privatgeschäften giebt es für Beamte wohl hin und wieder

einen Dienstkontrakt mit Pensionsberechtigung, aber höchst selten eine eigentliche Pensionsanstalt, und für Arbeiter nur Unterstützungsanstalten zur Aushilfe in Krankheitsfällen, jedoch höchst selten eine Versorgungsanstalt, welche sich auch, wo sie existirt, nur auf das den Beamten gleich geachtete permanente Arbeiterpersonal beschränkt.

Im Allgemeinen sind die nicht im Staatsdienste angestellten Beamten und die im Staats- und Privatdienste beschäftigten Arbeiter auf die Selbsthilfe, auf die für enge Kreise gegründeten Hülfskassen, auf die öffentlichen Sparkassen oder auf die allgemeinen Versicherungsanstalten und, als letztes Refugium, auf die Hülfe der Familien und die Armenkassen angewiesen. Jedes einzelne dieser Mittel und alle zusammen sind unzureichend. Die Selbsthilfe und die von kleineren Kreisen verwalteten Kassen können wohl Unterstützung in vorübergehenden Krankheitsfällen gewähren; sie sind aber durchaus ungeeignet zur Versorgung von Invaliden, Wittwen und Waisen, theils weil ein kleiner Kreis nicht die Gesetze der grossen Zahlen, welche der Wahrscheinlichkeitsrechnung zu Grunde liegen, erfüllt und demnach eine solche Kasse stets der Gefahr des Bankerottes unterworfen ist, theils weil eine kleine Zahl von Theilnehmern nicht die Bürgschaft einer vernünftigen und zuverlässigen Verwaltung eines Kapitals, welches jede Pensionsanstalt nothwendig ansammeln und auf Menschenalter hinaus mit Zins auf Zins anlegen muss, darbietet, theils weil ein kleines, oftmals nur auf momentane Bedürfnisse begründetes Geschäft, von welchem eine solche Versorgungsanstalt ressortirt, nicht die Gewissheit seines Bestandes weit über den Tod seines letzten augenblicklichen Theilnehmers in sich trägt, auch für die solide Verwaltung der Kasse bis zur Befriedigung des letzten Theilnehmers oder für die Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte im Falle der Auflösung keine Garantie zu leisten vermag, theils weil eine kleine Anstalt mit unverhältnissmässig hohen Verwaltungskosten wirthschaftet, also den Zweck der gegenseitigen Hülfe zum grossen Theile dadurch vereitelt, dass sie die Beiträge ihrer Mitglieder für ein an sich völlig unnützes, nur als Mittel zu einem höheren Zwecke statthaftes Administrationswesen vergeudet.

Die Sparkassen erfüllen den Zweck der Befreiung des einzelnen Individuums von den Wirkungen des Zufalles oder der Schicksalsschläge durch gleichmässige Vertheilung dieser Wirkungen auf die Gesamtheit in keiner Weise. Sie geben nur dem Einzelnen Gelegenheit, seine Ersparnisse möglichst vortheilhaft anzulegen, im Übrigen bleibt die erreichbare Summe von Ersparnissen ganz und gar von denjenigen Eventualitäten abhängig, denen das betreffende Individuum unterworfen ist. Wer lange lebt und lange arbeitsfähig ist, kann viel ersparen; wer kurze Zeit lebt oder kurze Zeit arbeitsfähig ist, muss trotz aller Sparkassen seine Wittwen und Waisen in Noth zurücklassen und im Alter selbst darben. Die Sparkasse liefert Demjenigen, der lange arbeitsfähig ist, also Demjenigen, der der Hülfe am wenigsten bedarf, den höchsten, also einen unnöthigen Ertrag, und sie liefert Demjenigen, der nicht

ange arbeitsfähig ist, also Demjenigen, der der Hülfe am meisten bedarf, den niedrigsten, also einen unzulänglichen Ertrag; sie ist, wie schon erwähnt, eine vortheilhafte Finanzanstalt, wie ein Konsumverein, aber keine Versorgungsanstalt; sie kann dem Sparsamen und dem vom Schicksale Begünstigten die Lebensfreude erhöhen, sie kann aber nicht dem Unglücklichen Hülfe bringen, nicht seine Noth abwenden.

Die allgemeinen Versicherungsanstalten haben zwar den Zweck der Ausgleichung der Schicksalsereignisse im Auge; allein sie verfolgen diesen Zweck im Klasseninteresse. Um die Versorgung durch die geringstmöglichen Beiträge zu erzielen, vereinigen sich nur die körperlich kräftigen und fehlerfreien Personen zu gegenseitiger Hülfe; die schwachen, kränklichen und mit konstitutionellen Fehlern behafteten, also die der Hülfe am meisten bedürftigen Personen sind ausgeschlossen. Aber selbst für die Gesunden sind die Versicherungsanstalten unzulänglich, da es eigentliche Pensionsanstalten, welche die Fälligkeit einer versicherten Rente an den Eintritt der Invalidität, also an den Fall der Hülfbedürftigkeit knüpfen, überhaupt nicht giebt und die Versicherung von Renten, welche in einem voraus bestimmten Lebensalter fällig werden oder von Kapitalen und Renten, welche beim Tode an die Erben gezahlt werden, nur für gewisse Klassen und Personen ein Interesse hat. Hierzu kömmt, dass die grosse Zahl von Personen, welche ihren Aufenthalt häufig oder auf grosse Entfernungen wechseln und demzufolge mit der Anstalt in keiner nahen und gleichmässigen Beziehung bleiben können, sowie diejenigen, welche keinen festen Verdienst haben und demzufolge zur Aufbringung regelmässiger Beiträge ausser Stande sind, also die allermeisten Arbeiter durch die Natur der Verhältnisse an der Betheiligung bei einer Versicherungsanstalt verhindert sein würden.

Was endlich die Hülfe der Familie und der Gemeinde betrifft; so braucht über die Unzulänglichkeit derselben kein Wort verloren zu werden, da dieselbe im Allgemeinen kaum mehr als das nackte Leben fristet, von der Willkür der Gebenden und von der oft irre geleiteten Meinung der Armenpfleger abhängt, asserdem aber als Almosen für den Empfangenden einen bitteren Stachel hat. Eine Institution, die nicht auf Rechtsgrundsätzen beruht, die vielmehr diskretionäre Wohlthaten erweis't, statt aufgespeicherte Einzahlungen zurück zu erstatten, ist keine Versorgungsanstalt, welche die naturgemässen Ansprüche des Menschen an das Leben zu befriedigen vermag.

Der Einzelne ist den Chancen des individuellen Daseins unterworfen; er ist mit dem Aufgebote aller seiner physischen und intellektuellen Mittel nur im Stande, die Wirkungen des Zufalles innerhalb gewisser Grenzen zu bekämpfen. Den jenseit dieser Grenzen liegenden Schicksalsfällen ist das Individuum machtlos preisgegeben. Nicht so die Gattung. Das Individuum stirbt, die Gattung lebt. Die Letztere ist zwar auch

gewissen Schicksalen unterworfen: allein diese vollziehen sich in einer Weise, welche auf das Individuum nur eine sehr allmähliche und geringfügige Wirkung ausübt. Die Identifizierung mit den Schicksalen der Gattung ist daher einer Sicherstellung des Individuums gleich zu achten.

Das Versicherungswesen realisiert diese Bedingung; dasselbe schliesst den rechtlichen Pakt zwischen dem Individuum und der Gattung, indem es die Schicksale der Gattung für die Schicksale des Individuums substituiert und, Glück und Unglück des Einzelnen auf die Gesamtheit vertheilend, das Individuum von dem sein Geschick bedrohenden Zufälle unabhängig macht. Auf die Prinzipien des Versicherungswesens muss daher die Versorgung basirt werden: der vom Schicksale Begünstigte muss dem vom Schicksale Verfolgten einen Theil seines Glückes abtreten. Diese Abtretung erscheint vermöge des Versicherungsvertrages nicht auf Grund einer künstlichen Fiktion, sondern eines sehr natürlichen Motives als eine rechtliche Verpflichtung des Mehrbegünstigten und die Empfangnahme durch den Minderbegünstigten als ein rechtlicher Anspruch des Letzteren: denn das Äquivalent für den Verlust des Ersteren liegt in der Garantie, welche der Letztere zu einer Zeit übernommen hat, wo das Schicksal noch keine Entscheidung darüber getroffen hatte, wen von Beiden es zu dem Mehr- und wen zu dem Minderbegünstigten machen wolle; und umgekehrt, liegt die Entschädigung des Letzteren für die von ihm übernommene Garantie in dem Gewinne, welcher ihm durch den Verlust des Ersteren zu Theil wird.

Nicht jede Vielheit von Individuen bildet eine stabile Gattung. Je kleiner die Gattung, desto schwankender ist ihr Schicksal; ein Geschäftszweig, welcher nur wenige Personen in Anspruch nimmt oder den Interessen einer kleinen Gesellschaft dient, beruht auf zweifelhafteren Bedürfnissen, ist von äusseren Einflüssen in höherem Maasse abhängig, erlischt leichter, als ein Geschäftszweig, welcher die Interessen einer grösseren Gesellschaft in Anspruch nimmt. Aber, abgesehen von der geringeren Stabilität der kleineren Gattung, erfüllt sie auch die Gesetze der Wahrscheinlichkeitsrechnung weniger genau als die zahlreichere Gesellschaft.

Der kleinen Gesellschaft fehlt übrigens nicht bloss der erforderliche Grad von Stabilität; sie ist auch nicht im Stande, das zu einer Altersversorgung nothwendig erforderliche Vermögen vortheilhaft zu nutzen und die Administration billig zu besorgen.

Demzufolge bieten nur grosse Gesellschaften die Garantie gegenseitiger Versorgung bis ans Lebensende und darüber hinaus dar.

Ausser der Grösse der Gesellschaft ist die dauernde Betheiligung ihrer Mitglieder eine wesentliche Bedingung für ihre praktische Wirksamkeit. Die Aufnahme von Mitgliedern in jedem beliebigen Alter würde an der Höhe der Eintrittsgelder oder der laufenden Beiträge scheitern; der häufige Austritt von Mitgliedern würde den Zweck der Versorgung

vereiteln; die öftere Überweisung austretender Mitglieder an andere Versorgungsanstalten unter Austausch des Guthabens und der Verbindlichkeit würde an der daraus erwachsenden Geschäftslast, besonders wenn die Domizile der Anstalten, zwischen welchen die flüchtigen Theilnehmer wandern, in grosser Entfernung lägen, bald eine unübersteigbare Schranke finden. Nun ist aber die Freiheit der menschlichen Bewegung, der Übertritt aus dem einen Geschäfte in ein anderes, aus diesem Verwaltungsbereiche in ein anderes, aus diesem Orte in einen anderen, ein Faktor, mit welchem unabweisbar gerechnet werden muss; weder der Beamte, noch der Arbeiter kann an die Scholle oder an seine Dienstherrschaft gefesselt werden, um ein Versorgungsprinzip zu realisiren, oder jedes Versorgungsprinzip, welches von jener Voraussetzung ausgeht, vermag den Zweck der allgemeinen Versorgung nicht zu erfüllen.

Hieraus geht hervor, dass alle Kraft der Gesetze, welche auf die Gründung von Hilfs- und Versorgungskassen gerichtet ist, das Ziel der Sicherstellung der Individuen nicht erreichen kann. Durch alle diese Gesetze werden immer nur einzelne Klassen der menschlichen Gesellschaft versorgt, durchaus nicht alle Klassen und auch keine Klasse vollständig. Wenn man die Verpflichtung zur Errichtung solcher Anstalten, zum Beitritte in dieselben, sowie die Bestimmungen über die Organisation, die Art der Versorgung und das Statut noch so umfassend trifft; immer wird ein solches Gesetz nur wirksam sein für gewisse Berufsklassen und innerhalb derselben nur für diejenigen Personen, welche in der Lage sind, zeitig genug Mitglieder ein- und derselben Versorgungsanstalt zu werden und es dauernd zu bleiben.

Eine vollständige und vollkommene, allen Anforderungen genügende, durchaus sichere und am vortheilhaftesten zu verwaltende Versorgung kann nur von Staats wegen erfolgen, und sie muss eben deshalb, weil sie von einzelnen Personen und Gesellschaften nicht verwirklicht werden kann, als ein wahrer Staatszweck anerkannt werden. Diese Versorgung, welche nichts Anderes ist, als die Vereinigung zu gegenseitigem Schutze gegen die Schicksalsschläge, liegt im Staatsprinzip aus genau denselben Gründen wie die Rechtspflege, wie die Wehrverfassung und andere nur durch die Gesamtheit realisirbaren Institutionen. Der Staat erfüllt seine Aufgabe sehr unvollkommen, der seine Angehörigen nicht vor denjenigen Kalamitäten schützt, welche ganz spezifisch das Loos der Isolirtheit sind, da sein Zweck ausschliesslich in der Gewährung dieses Schutzes und in solchen Funktionen besteht, welche von dem Einzelnen oder von kleinen Gesellschaften nicht mit Erfolg verrichtet werden können. Es drängt sich unwillkürlich die Frage auf, was nutzt uns die Besiegung des äusseren Feindes, wenn wir dem inneren unterliegen? Krieg ist ein seltenes, durch die Zivilisation vielleicht einmal ganz zu beseitigendes Unglück; Krankheit, Altersschwäche, Tod sind tägliche, nie zu verbannende Unglücksfälle; die

Wirksamkeit der Wehrverfassung, welche zur Bekämpfung des ersteren Unglückes dient, ist von der Stärke und Gewandtheit des Feindes und vom Kriegsglück abhängig; die Nationalversicherung ist lediglich von dem Entschlusse und guten Willen der Staatsbürger abhängig, im Übrigen erfüllt sie ihren Zweck mit aller Sicherheit; sie charakterisirt sich in jeder Weise als ein würdiges Ziel für zukünftige Reformbestrebungen.

Wenn wir die allgemeine gegenseitige Versorgung als eine Staatsinstitution reklamiren; so geschieht dies keineswegs im Sinne der Inanspruchnahme der Bemittelten zur Unterstützung der Unbemittelten — es handelt sich durchaus nicht um eine Unterstützung, sondern um einen gegenseitigen Versicherungsvertrag, vermöge dessen nicht der an Vermögen Reichere einen Theil seines Geldes an den Ärmern abtritt, sondern vermöge dessen der vom Schicksale durch Gesundheit und Lebenskraft Begünstigte mit einem Theile dieser eventuellen Glücksgüter dem weniger Begünstigten Garantie leistet, um auch seinerseits, insofern er selbst der weniger Begünstigte sein sollte, diese Garantie von Seiten des Anderen zu empfangen. Auf diese Weise wird ebenso häufig der Ärmere den Reicheren unterstützen, wie umgekehrt: denn der Ärmere kann sehr wohl der Glücklichere sein, welcher, weil er bis an sein hohes Alter arbeitsfähig bleibt, keiner Unterstützung bedarf, sondern seine Einlagen dem früh invalide gewordenen Reicheren überlässt. Es ist auch nicht gemeint, dass der Reichere wenn er eventuell der Glücklichere ist, wegen seiner grösseren Leistungsfähigkeit stärker in Anspruch genommen werden soll, als es der Ärmere in gleichem Falle werden würde — es soll mit einem Worte keine Besteuerung nach der Steuerfähigkeit eingeführt werden, um damit dem weniger Bemittelten unter die Arme zu greifen. Ebenso wenig geht der Plan dahin, die Selbsthülfe zu unterdrücken und einem Jeden die Anwartschaft auf ein behagliches Alter ohne Anstrengung zu eröffnen, was der Begünstigung der Trägheit und des Leichtsinnes gleich zu achten wäre — im Gegentheil, kann die zu erwartende Versorgung nach den Prinzipien des Versicherungswesens nur mit den von einem Jeden gezahlten Beiträgen im Verhältnisse stehen. Endlich wird nicht die Absicht verfolgt, diejenigen Versicherungen, welche sehr gut von Privatanstalten gewährt werden können und welche sogar, indem sie Spezialzwecke verfolgen, am besten in Privathänden bleiben, dem Staate aufzubürden. Der Staat soll weiter Nichts thun, als durch seine Organe diejenige Versorgung vermitteln, welche nur von der Gesamtheit als solcher gewährleistet werden kann; die Modalitäten des Vertrages sollen aber auf dem durch die Grundsätze des Versicherungswesens gegebenen Rechtsboden ruhen und ein vollkommenes Gegenseitigkeitsverhältnis stiften. Der entscheidende Grund für die Übernahme dieser Vermittlung durch den Staat liegt nicht in der Zweckmässigkeit, sondern in der Nothwendigkeit, da ohne diese Vermittlung die fragliche Ver-

sorgung unmöglich ist. Die Zweckmässigkeit kommt erst in zweiter Linie in Betracht; sie ist nur ein Empfehlungsgrund und darf nicht dazu führen, dem Staate weitere Versorgungszweige aufzubürden, als eben die in Rede stehenden, insofern sie sich nicht anders, als durch den Staat realisiren lassen.

Demgemäss werden von der Nationalversicherung zunächst die Unterstützungen für vorübergehende Krankheiten ausgeschlossen. Da eine Krankenkasse lediglich für die in dem laufenden Jahre vorkommenden Krankheitsfälle zu sorgen, also nur das jeweilig in irgend einem Kreise vorhandene Personal ins Auge zu fassen, mithin weder Kapitalien zu sammeln und für ferne Zeiten aufzubewahren, noch nach der Zahl und Dauer der Mitgliedschaft ihrer Theilnehmer zu fragen, an einem raschen oder langsamen Wechsel dieser Theilnehmer vielmehr kein Interesse hat; so liegt nicht der geringste Grund vor, diesen Theil der Versorgung dem Staate aufzubürden. Die Krankenunterstützung kann sehr gut für Arbeiter und Privatleute durch Krankenkassen gewährt werden und für die Staatsdiener, sowie für viele in Privatgeschäften Angestellten, kann es bei der bisherigen Fortzahlung des Gehaltes in Krankheitsfällen sein Bewenden behalten. Nur erst da, wo Krankenkassen und Besoldungskassen ihre Hülfe einzustellen pflegen, also da, wo sich die Krankheit zu einer dauernden Invalidität gestaltet, muss die Wirksamkeit der Nationalversicherung beginnen.

Ferner bleiben von dieser Versicherung alle diejenigen Anstalten ausgeschlossen, welche, wie die Sparkassen, eine möglichst vortheilhafte Anlegung von Ersparnissen oder welche, wie die Lebens- und Rentenversicherungen, die Erlangung gewisser Annehmlichkeiten für bestimmte Eventualitäten, z. B. ein zu vererbendes Kapital, eine Rente von einem bestimmten Lebensalter an, eine reichliche Pension für einen geliebten Überlebenden zum Zwecke haben. Derartige auf bestimmte Kreise sich beschränkende Versicherungen können sehr wohl der Privatunternehmung überlassen werden und müssen es auch, da sich kein Rechtfertigungsgrund finden liesse, welcher eine gleichartige Gesellschaft von auserlesener Gesundheit verhinderte, sich zu vereinigen, um den in ihrer guten Gesundheit liegenden Vortheil zu gegenseitiger Versicherung unter den günstigsten Bedingungen auszunutzen, oder durch die gegenseitige Verbindung sich Annehmlichkeiten zu verschaffen, welche das dringende Bedürfniss überschreiten.

Die Nationalversicherung soll nur dieses dringende, Allen gemeinsame und durch Privatanstalten und Selbsthülfe nicht erfüllbare Bedürfniss befriedigen.

Nachdem das Deutsche Reich wiedererstanden ist, und die Freizügigkeit die Grenzsperrre zwischen den verbündeten Staaten aufgehoben hat, würden sich für die einzelnen Bundesstaaten, namentlich für die kleineren bei dem Versuche der Durchführung einer Nationalversicherung nahezu dieselben Schwierigkeiten ergeben, welche sich den Privat-

anstalten entgegenstellen würden, und es liegt auf der Hand, dass diese Schwierigkeiten nur durch eine Reichsanstalt besiegt werden können.

Um der Ansicht über das Wesen und die Ausführung einer solchen Versicherung einen präziseren Ausdruck zu geben, werde ich im Nachstehenden die Hauptpunkte, welche ein desfallsiges Reglement enthalten müsste, kurz skizziren. Zuvor gestatte ich mir jedoch eine Bemerkung über den anzuwendenden Zinsfuss.

Jede Privatversicherungsgesellschaft, mag sie auf Gegenseitigkeit beruhen oder ein Finanzunternehmen sein, ist genöthigt, da die zu sammelnden Kapitalien auf Menschenalter hinaus bestimmte Früchte tragen müssen, die Nutzbarkeit des Geldes auf so ferne Zeiten hinaus aber unübersehbar ist, und da ausserdem das Sterblichkeitsgesetz ungewöhnlichen Schwankungen unterliegen kann, ihren Tarifen einen sehr niedrigen Zinsfuss zu Grunde zu legen. Der aus einer besseren Nutzung sich ergebende Überschuss wird bei einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Anstalt periodisch als Dividende zurückerstattet; bei einem Aktienunternehmen fliesst er grösstentheils und oftmals in einem ungerechtfertigten Maasse in die Tasche der Unternehmer. Demnach sind die meisten Tarife auf einen Zinsfuss von 3 Proc. berechnet, während das Geld mit $4\frac{1}{2}$ bis 5 Prozent genutzt wird.

Die Voraussetzung eines niedrigen Zinsfusses bedingt hohe Tarife. Durch die Rückzahlung der Überschüsse wird dem Theilnehmer zwar der zuviel eingezahlte Betrag zurückerstattet: allein der Zweck der Versicherung wird dadurch vereitelt. Denn wenn eine Versicherungsanstalt, wie es vorkommt, auf eine Einzahlung von 100 Thaler 40 Thaler zurückerstattet; so hat der betreffende Theilnehmer nur 60 Thaler zu dem beabsichtigten Versicherungszwecke verwandt, während er die Absicht und den Wunsch hatte, nach Maassgabe seiner Kräfte 100 Thaler jährlich zu jenem Zwecke zu verwenden. Um diese Absicht zu erreichen, müsste er eine Versicherung nehmen, für welche er tarifmässig 167 Thaler zu bezahlen hätte: hieran wird er aber theils durch die Höhe der vorschussweise zu leistenden Einzahlung, theils durch die Ungewissheit der Dividende verhindert.

Zu den aus dem niedrigen Zinsfusse entspringenden hohen Tarifsätzen gesellen sich nun noch die täglich höher werdenden Verwaltungskosten einer Versicherungsanstalt, welche jetzt durchschnittlich auf 15 Prozent der reinen Beiträge veranschlagt werden können.

Eine Anstalt, welche ihre Kapitalien mit Sicherheit dauernd zu 5 Prozent nutzen könnte und keine Verwaltungskosten hätte, würde, selbst bei der Zusammensetzung aus gesunden und kranken Mitgliedern, wie sie das Volk in seiner Gesamtheit darbietet, kaum halb so hohe Tarife für die nämlichen Versicherungen wie die bestehenden Anstalten nöthig haben.

Eine Reichsanstalt kann diesen Vortheil gewähren. Denn in dem Bestande des Reiches und in dem Vermögen seiner Staaten und Bürger

liegt eine hinreichende Garantie für seine Solvenz den Mitgliedern jener Anstalt gegenüber; das Reich braucht also nicht den niedrigsten Zinsfuss anzunehmen, sondern es kann nach dem höchsten rechnen. Es kann Diess bei einer Institution wie die vorliegende umso eher, als ein eventueller Ausfall, welcher durch Reichsmittel gedeckt werden müsste, wegen der Gemeinnützigkeit dieser Institution verschmerzt werden kann, selbst wenn derselbe sich zu einer dauernden Belastung der Reichskasse gestalten sollte. Unter dem letzteren Gesichtspunkte erscheint auch die kostenfreie Verwaltung der Anstalt durch das Reich mit Hilfe der Staaten als ein durch die damit zu erreichenden höheren Zwecke vollkommen gerechtfertigtes Opfer."

Wenn man über die etwaige Aushilfe der Reichskasse nicht gar zu ängstlich denkt, kann man unbedenklich von der Voraussetzung ausgehen, dass die sich ansammelnden Kapitalien mit 5 Prozent verzinst werden. Der Wege zur Verwirklichung dieser Annahme giebt es mehrere; wir wollen zwei andeuten.

Käme das Projekt der Erwerbung der Eisenbahnen für das Reich zu Stande; so könnte man die erwähnten Kapitalien zur allmählichen Abtragung des Kaufpreises verwenden. Hierdurch würde die Versicherungsanstalt zum Gläubiger der Reichsbahnen auf Grund von Prioritätsobligationen, welchen die Reichskasse den Zinsfuss von 5 Prozent garantirt hätte. Werfen die Bahnen diesen Ertrag ab; so ist Alles gut: werfen sie ihn nicht ab; so bleibt eine Differenz durch Matrikularbeiträge oder auf andere Weise durch die Reichskasse zu decken.

Bei dieser Disposition und wenn man die Gefahr eines Zuschusses aus dem allgemeinen Reichsfonds in Betracht der Gemeinnützigkeit des Unternehmens gering achtet, bedürfte es noch nicht einmal einer förmlichen Schuldverschreibung und Rechnungsführung über das Vermögen der Versicherungsanstalt. Die gesetzliche Übernahme der Verpflichtung der Reichskasse, die Verbindlichkeiten der Versicherungsanstalt gegen ihre Mitglieder zu erfüllen, macht das ganze Rechnungswesen in Betreff der Verwaltung des Vermögens dieser Anstalt entbehrlich.

Kömmte das fragliche Eisenbahnprojekt nicht zu Stande; so kann man die in Rede stehenden Kapitalien den Einzelstaaten zur Abtragung ihrer Staatsschulden überweisen. Diese Operation wäre gleichbedeutend mit einer Konvertirung der gegenwärtigen in fünfprozentige Schulden. Eine solche Konvertirung bedingt vielleicht einige Verluste, für die Staaten, welche davon Gebrauch machen: ist Diess der Fall; so müssen die Verluste durch Matrikularbeiträge gedeckt oder auf andere Weise von der Reichskasse getragen werden.

Unter der Voraussetzung nun, dass das Vermögen der Nationalversicherungsanstalt von Reich wegen mit 5 Prozent verzinst und dass die ganze Verwaltung der Anstalt vom Reiche und von den Einzelstaaten unentgeltlich besorgt würde, liesse sich die Verfassung dieser Anstalt etwa in folgenden Punkten darstellen.

1. Jeder Deutsche (Angehörige des deutschen Reiches), ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes, ob gesund oder krank, ob jung oder alt, ob im Inlande oder im Auslande, ist Mitglied der Nationalversicherungsanstalt.
2. Die Anstalt gewährt Jahresrenten (Invalidenpensionen) in vierteljährlichen Raten postnumerando an Denjenigen, welcher Versicherungsbeiträge gezahlt hat, sowie an die von ihm hinterlassene Wittwe (Wittwenpensionen) und an die von ihm hinterlassenen Kinder (Waisenpensionen) nach den aus Folgendem ersichtlichen Grundsätzen.
3. Die drei Pensionsarten, Invaliden-, Wittwen- und Waisenpension, sind zusammengehörige Theile ein und derselben Versicherung Desjenigen, auf dessen Namen Beiträge gezahlt worden sind; ihre Beträge stehen unter einander in einem für alle Mitglieder gleichen Verhältnisse und ihre Höhe ist den eingezahlten Beiträgen proportional.
4. Die Invalidenpension empfängt dasjenige Mitglied, welches Beiträge gezahlt hat.

Ist das Mitglied männlichen Geschlechts; so erfolgt die Zahlung dieser Pension unter folgenden Umständen, jedoch niemals vor Vollendung des 25. Lebensjahres.

- a. Bei eintretender ärztlich konstatirter unheilbarer Erwerbsunfähigkeit oder Invalidität sofort und auf Lebenszeit. Diese Erwerbsunfähigkeit wird mit Vollendung des 70. Lebensjahres oder des 50. Dienstjahres seit der ersten ordentlichen Anstellung in einem öffentlichen oder Privatamte angenommen.
- b. Bei ärztlich konstatirter zeitweiser Erwerbsunfähigkeit, wenn dieselbe länger als ein Jahr dauert und das Mitglied alsdann kein Krankengeld aus einer Krankenkasse oder keine regelmässige Besoldung mehr erhält, nach Ablauf dieses Jahres, sonst aber nach Erlöschung des Krankengeldes oder der Besoldung auf die Dauer der Erwerbsunfähigkeit.
- c. Bei faktischer Erwerbslosigkeit, wenn dieselbe länger als drei Jahr dauert, nach Ablauf dieser Zeit und auf die Dauer der Erwerbslosigkeit. Unter dieser Erwerbslosigkeit wird Mangel an Lohn, Besoldung, Geschäftsgewinn, Bezug von Zinsen oder sonstigen Vermögensnutzungen (jedoch keine Unterstützungen) verstanden; sporadischer und geringfügiger Erwerb, welcher in den fraglichen drei Jahren zusammen den Betrag einer einjährigen, am Ende dieser drei Jahre eventuell zahlbaren Pension nicht überschreitet, wird übersehen. Wer auf Grund faktischer Erwerbslosigkeit Pension beanspruchen will, muss von dem Eintritte derselben und alljährlich von der Fortdauer derselben bei der Polizeibehörde seines Wohnortes und für den Fall des Domizilwechsels bei der Behörde jedes Wohnortes

Meldung machen, sich den behüfgen Kontrollen unterwerfen und nach Ablauf der dreijährigen Frist eine auf diese Kontrolle und seine eidliche Versicherung gestützte obrigkeitliche Bescheinigung beibringen.

Ist das Mitglied weiblichen Geschlechts; so tritt die Zahlung der Invalidenpension unter den vorstehenden Umständen ein, insofern dasselbe seit dem ersten der in Frage kommenden beiden Termine gar nicht oder mit einem erwerbsunfähigen oder faktisch erwerbslosen Manne verheirathet war. Ob dieser Mann Pensionen bezog, kömmt nicht in Betracht.

5. Die Wittwenpension empfängt die Wittve desjenigen versterbenden Mitgliedes, welches Beiträge gezahlt hat, auf die Dauer des Wittwenstandes, eventuell bis an ihren Tod.

An Wittwer der versterbenden weiblichen Mitglieder, welche Beiträge gezahlt haben, werden keine Pensionen auf den Titel ihres Wittwerthums verabreicht.

6. Die Waisenpension empfangen die nachgelassenen ehelichen Kinder derjenigen männlichen Mitglieder, welche Beiträge gezahlt haben, für die Dauer ihrer auf jugendlicher Unausgebildetheit oder auf körperlicher und geistiger Unfähigkeit beruhenden Erwerbslosigkeit, insofern diese Erwerbslosigkeit bei dem Tode des Vaters schon bestand und so lange sie nicht durch faktischen Erwerb unterbrochen wird, auch das Kind nicht schon ein pensionirtes Mitglied dieser oder einer anderen Pensionsanstalt ist.

Ausserdem empfangen die nachgelassenen ehelichen und ausser-ehelichen Kinder derjenigen weiblichen Mitglieder, welche Beiträge gezahlt haben, die Waisenpension unter denselben Bedingungen. Bei den ehelichen Kindern dieser Art wird ferner vorausgesetzt, dass der Vater nicht mehr lebt oder erwerbsunfähig ist und dass der etwa schon verstorbene Vater einem solchen Kinde nicht schon eine Pension aus der Reichsanstalt hinterlassen hat, in welchem letzteren Falle nur diejenige von väterlicher oder von mütterlicher Seite herstammende Pension gezahlt wird, welche die grössere ist.

Die Verheirathung einer nachgelassenen Tochter wird als ein Zustand der Erwerbsfähigkeit, resp. als ein faktischer Erwerbsstand angesehen.

7. Ein Verschulden an der Erwerbslosigkeit, an der Erwerbsunfähigkeit, an dem Tode, überhaupt an dem Eintritte eines Versicherungsfalles wird bei der Zubilligung der betreffenden Pension nicht in Betracht gezogen.
8. Zu Beiträgen sind nur diejenigen Mitglieder verpflichtet, welche ihren Erwerb, oder soweit sie ihren Erwerb in Form von Lohn, Remuneration, Gehalt, überhaupt in Form einer in regelmässigen Zeitperioden erfolgenden Entschädigung für ihre Körper-

oder Geistesarbeit empfangen, gleichviel, ob diese Entschädigung nach der Zeit oder mit einem anderen Maasse (Akkord etc.) gemessen wird. Alle Übrigen, deren Erwerb in Lieferungen, Fabrikationen, Produktionen, Unternehmungen, Vermögensnutzungen, Renten, Geschäftsanteilen, unregelmässigen Einkünften u.s.w. besteht, sind nicht verpflichtet, wohl aber berechtigt, Beiträge zu zahlen.

Die Verpflichtung der ersteren Mitglieder erstreckt sich auf die Einzahlung von 6 Prozent ihres regelmässigen Einkommens; über diesen Betrag hinaus, steht ihnen eine beliebige höhere Betheiligung frei.

Dieser Prozentsatz des Einkommens gilt als der normale Beitragssatz.

9. Diejenigen Kassen, Anstalten, Arbeitgeber etc., welche den im Vorstehenden erwähnten regelmässigen Erwerb auszahlen, sind verbunden, den bezeichneten Prozentsatz davon inne zu behalten, an die dafür bezeichneten Reichs-, resp Staats- oder Gemeindekassen abzuliefern und über die Abzüge jedes Einzelnen gehörig Buch zu führen.

10. Ausser diesen regelmässigen Beiträgen steht einem Jeden frei, für sich oder für einen Anderen zu jeder Zeit beliebige Einzahlungen zu machen.

Jede Reichs-, Staats-, Konsulats- und Gemeindekasse (mit den speziell zu bezeichnenden Ausnahmen) ist angewiesen, derartige Einzahlungen anzunehmen und darüber gültig zu quittiren.

Auch die in §. 9 genannten Anstalten, Arbeitgeber und Privatkassen sind verpflichtet, von denjenigen Personen, welchen sie den regelmässigen Erwerb auszahlen, beliebige Beiträge anzunehmen und an die betreffenden öffentlichen Kassen abzuliefern.

11. Beim Eintritte der Pensionsbedürftigkeit wird aus der Summe der von dem betreffenden Mitgliede eingezahlten Beiträge und aus seinem Lebensalter durch einfache Division der durchschnittliche Jahresbeitrag ermittelt. (Obgleich eine Diskontirung der Beiträge mit Zinseszins eine richtigere Rechnung ergeben würde; so hat doch die vorstehende Rechnung wegen ihrer Einfachheit den Vorzug und bei einer allgemeinen Anwendung erscheinen die dagegen zu machenden Bedenken als unerheblich). Hätte z. B. ein Mitglied, welches beim Eintritte der Pensionsbedürftigkeit 50 Jahr alt ist, im Ganzen 2000 Thaler eingezahlt; so stellt sich sein durchschnittlicher Jahresbeitrag auf 40 Thaler.

12. Mit dem durchschnittlichen Jahresbeitrage stehen die Invalidenpension, die Wittwenpension und die Waisenpension im Verhältnisse und zwar beträgt

- a. Die Invalidenpension das 15fache des durchschnittlichen Jahresbeitrages,
- b. Die Wittwenpension das $7\frac{1}{2}$ fache des für den Todestag oder den Eintritt der letzten Pensionirung des Ehemannes sich ergebenden durchschnittlichen Jahresbeitrages,
- c. Die Waisenpension für jedes in Betracht kommende Kind das $2\frac{1}{2}$ fache des zuletzt erwähnten, für den Vater oder die Mutter berechneten Beitrages.

Das Maximum der zur Auszahlung kommenden Invalidenpension beträgt 2000 Thaler, das der Wittwenpension 1000 Thaler und das der Waisenpension für ein Kind $333\frac{1}{3}$ Thaler.

13. Wenn eine Pension unterbrochen und in einer späteren Zeit wieder zahlbar wird, bestimmt sich ihr Betrag nach dem jeweilig sich ergebenden durchschnittlichen Jahresbeitrage.

Die während des Bezuges einer Invalidenpension eingezahlten Beiträge bewirken keine Erhöhung dieser Pension, sofern dieselbe ohne Unterbrechung fort dauert, dagegen bewirken sie eine Verbesserung der Pension der nachgelassenen Wittwen und Waisen.

14. Die Quittung über die eingezahlten Beiträge eines Mitgliedes geschieht in einem Quittanzbuche.

Diejenigen Privatpersonen und Anstalten, welche Beiträge innezubehalten und anzunehmen, aber nicht im Namen des Reiches darüber zu quittiren haben, ziehen von den bei ihnen Beschäftigten alljährlich, und wenn dieselben die Beschäftigung verlassen, sofort die Quittanzbücher ein, übergeben sie der betreffenden öffentlichen Kasse zur Eintragung der für die Beteiligten eingezahlten Beiträge und geben sie den Inhabern quittirt zurück. Bei dem Empfang eines Quittanzbuches haben die letzteren Privatpersonen und Anstalten einen Empfangsschein auszustellen, welcher die Summe der in dem Buche notirten Beiträge enthält und sind sie bis zur Rücklieferung des Buches und Rückzahlung des Empfangsscheines dem Inhaber für diese Summe haftbar. Die Überlieferung der Quittanzbücher durch die in Rede stehenden Privatpersonen und Anstalten an die betreffende öffentliche Kasse geschieht mittelst einer Nachweisung der einzelnen Bücher und deren Geldbeträge: diese Nachweisung ist von der letzteren Kasse sofort zu prüfen und ist darüber bis zur Wiederauslieferung der Bücher eine Empfangsbescheinigung auszustellen.

Im Übrigen steht es jedem Mitgliede frei, sein Quittanzbuch zu den gedachten Zeiten der betreffenden öffentlichen Kasse behuf Eintragung der geleisteten Beiträge selbst vorzulegen.

15. Nachdem die Bücher der öffentlichen Kassen, welche über empfangene Beiträge geführt werden, bei der Reichszentralstelle eingereicht sind, was alljährlich zu geschehen hat, wird daraus eine nach den Mitgliedern alphabetisch geordnete Nachweisung der bis Ende des Vorjahres und der während des verflossenen Jahres in summa eingezahlten Beiträge angefertigt, gedruckt und bei jeder Empfangs- oder Zahlstelle zur jederzeitigen Einsicht der Mitglieder ausgelegt.
16. Die bei Errichtung der Nationalversicherungsanstalt bestehenden Staats- und Gemeinde-Pensionsanstalten für Staats- und Gemeindediener oder deren Wittwen und Waisen werden nur noch für die eben vorhandenen Mitglieder derselben fortgeführt; neue Mitglieder werden nicht mehr darin aufgenommen, und es bleibt den betreffenden Staaten und Gemeinden überlassen, die Gehalte derjenigen Angestellten, welchen nach dem bisherigen Usus eine Anwartschaft auf Pensionen ohne Beiträge, also auf Kosten der allgemeinen Staatskasse gewährt wurde, angemessen zu erhöhen.

Das Nämliche gilt von denjenigen Pensionsanstalten, welche von Privaten für ihr Dienstpersonal mit obligatorischem Beitritte gegründet sind.

(Die öffentlichen Armenkassen werden selbstredend mit der Zeit eine erhebliche Reduktion erleiden).

17. Wenn ein Mitglied für die in Folge eines Unfalles herbeigeführte Invalidität auf Grund des Haftgesetzes auf Kosten eines Dritten entschädigt wird, ist die Anstalt berechtigt, die statutenmässige Pension, soweit sie nicht jene Entschädigung übersteigt, zurückzubehalten.
18. Wenn ein Mitglied in dem Jahre, welches dem Eintritte seiner oder seiner Nachkommen Pensionsbedürftigkeit unmittelbar vorhergeht, durch extraordinäre Einzahlungen, d. h. durch Einzahlungen, welche seinen normalen Beitrag (Nro. 8) überschreiten, seinen durchschnittlichen Jahresbeitrag gesteigert hat; so wird bei der Pensionirung auf diese Steigerung keine Rücksicht genommen, vielmehr die Mehreinzahlung an ihn oder seine Erben zurückerstattet.

Eine Differenz über die Frage, welches der normale Beitrag eines Mitgliedes sei, entscheidet die Reichsverwaltung auf Grund eines Gutachtens der Steuerbehörde des betreffenden Ortes oder Landes.

19. In angemessenen Perioden, zum ersten Male nach dreissig Jahren, wird die Anstalt einer Revision unterworfen. Erweist sich dabei die Vergrösserung des Verhältnisses der Pensionsbeiträge zu dem durchschnittlichen Jahresbeitrage unter gleichzeitiger Erhöhung der Pensionen der vorhandenen Pensionäre als zulässig; so wird

diese Erhöhung ausgeführt: ergibt sich dagegen die Nothwendigkeit einer Erniedrigung dieses Verhältnisses, was das Vorhandensein eines Defizits voraussetzt; so wird dieses Defizit zunächst durch Staatsmittel gedeckt und sodann die erforderliche Erniedrigung ohne Schmälerung der Pensionen der vorhandenen Pensionäre bewirkt.

Selbstredend erfordert die Deckung eines solchen Defizits nicht die Einzahlung eines Kapitals, sondern nur die Einzahlung von Annuitäten, welche, da sie zur Bestreitung der Pensionen der eben vorhandenen Pensionäre dienen, sich sukzessive vermindern und endlich ganz aufhören.

Das in Nro. 12 angenommene Verhältniss zwischen dem durchschnittlichen Jahresbeitrage und den Pensionsbeträgen kann sich möglicherweise bei einer genauen Berechnung auf Grund von Invaliden-, Wittwen- und Waisentabellen etwas anders gestalten und würde eventuell zu korrigiren sein. Ein etwaiger Missgriff erscheint jedoch bei dem in Nro. 19 angedeuteten Korrektive als unbedenklich. Nahezu wird sich das gedachte Verhältniss realisiren. Das ungefähre Resultat ergibt sich aus Folgendem.

In Erwägung der erst in dem Alter der Erwerbsfähigkeit beginnenden und allmählich sich steigernden Beiträge, wird der durchschnittliche Jahresbeitrag näherungsweise die Hälfte des letzten normalen Beitrages ausmachen. Hieraus ergibt sich diese Tabelle:

Letztes jährliches Ein- kommen. Thlr.	Letzter normaler Jahres- beitrag. Thlr.	Durch- schnitt- licher Jah- resbeitrag. Thlr.	Normale Invaliden- pension. Thlr.	Normale Wittwen- pension. Thlr.	Normale Waisen- pension für 1 Kind. Thlr.
100	6	3	45	22.5	7.5
200	12	6	90	45	15
300	18	9	135	66.5	22.5
500	30	15	225	112.5	37.5
1000	60	30	450	225	75
3000	180	90	1350	660	225

Wenn die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches auf 45 Millionen gestiegen sein wird, werden nahezu 10 Millionen Haushaltungen, also etwa ebenso viel zahlende Mitglieder der Nationalversicherungsanstalt vorhanden sein. Das jährliche Einkommen Aller wird auf 200 Thaler für die Haushaltung, im Ganzen also auf 2000 Millionen Thaler, die Gesamtsumme aller normalen Jahresbeiträge mithin auf 120 Millionen

Thaler und die der durchschnittlichen Jahresbeiträge auf 60 Millionen Thaler zu veranschlagen sein. Im Beharrungszustande der Anstalt werden die jährlichen Pensionen die jährlichen Beiträge bedeutend übersteigen, indem die Differenz aus den Zinsen des angesammelten Kapitals erfolgt. Wenn diese Zinsen die Hälfte der Einnahmen der Anstalt, also 60 Millionen Thaler ausmachen, was einer jährlichen Auszahlung von 180 Millionen Thaler entspricht und sich näherungsweise realisiren würde, muss sich das angesammelte Kapital bei 5-prozentiger Verzinsung auf 1200 Millionen Thaler belaufen.

Die Verwendung von 6 Prozent des Einkommens zur eigenen Versorgung im Alter und zur Sicherstellung der Familie nach dem Tode, wozu sich für den Arbeiter, der während der Krankheit kein Lohn empfängt, noch 2 Prozent für die Krankenkasse gesellen, überhaupt also die Verwendung von 8 Prozent des Einkommens zu Versorgungszwecken ist für den Arbeiter allerdings kein geringes Opfer. Es kommt übrigens nur die Differenz gegen die gegenwärtig üblichen Beiträge zu Pensions- und Krankenkassen in Betracht. Dieselbe ist nicht erheblich und würde in vielen Fällen, wo zugleich das weiter oben besprochene System der Betheiligung am Gewinne zur Ausföhrung gelangte, durch die Verbesserung des Einkommens gedeckt werden. Jene Betheiligung am Gewinne, welche bei der Steigerung des Verdienstes, also bei der allgemeinen Verbesserung der Lage des Beamten und Arbeiters die Leistung derselben erhöht und dadurch dem Unternehmer so gut wie dem Abnehmer nützt, indem sie eine Ermässigung der Preise herbeiföhrt, würde zugleich die Mittel zu einer vollständigeren Versorgung, zu einer gründlicheren Abwehr der Schicksalsschläge gewähren, also eine doppelt segensreiche Wirkung thun.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

G l o b u s.

Illustrierte Zeitschrift für Länder- und Völkerkunde

mit

besonderer Berücksichtigung der Anthropologie und Ethnologie.

In

Verbindung mit Fachmännern und Künstlern

begründet von

K a r l A n d r e e.

Herausgegeben von

Dr. Richard Kiepert.

Erschienen ist: Erster bis neunundzwanzigster Band complet.

4. Fein Velinpapier.

Der „Globus“ erscheint viermal im Monate in Nummern von je zwei Bogen, reich illustriert und mit Kartenbeilagen, zum Subscriptionspreise von 12 Mark pro Band. Vierundzwanzig Nummern bilden einen Band.

Vollständige Exemplare der ersten 24 Bände können, soweit der Vorrath reicht, zum Preise von 9 Mark pro Band durch jede Buchhandlung bezogen werden, Band 25 — 29 zum Preise von 12 Mark pro Band.

Lehrbuch der kosmischen Physik.

Von

Dr. Joh. Müller,

Professor zu Freiburg im Breisgau.

Vierte umgearbeitete und vermehrte Auflage.

Mit 431 in den Text eingedruckten Holzstichen und 25 dem Texte beigegebenen, sowie einem Atlas von 46 zum Theil in Farbendruck ausgeführten Tafeln.

Auch unter dem Titel:

M ü l l e r - P o u i l l e t ' s

Lehrbuch der Physik und Meteorologie.

Ergänzungsband.

gr. 8. Fein Velinpapier. geh. Preis 24 Mark.

D a s L i c h t.

Sechs Vorlesungen, gehalten in Amerika im Winter 1872 — 1873

von

John Tyndall,

Professor der Physik an der Royal Institution zu London.

Autorisirte deutsche Ausgabe

herausgegeben

durch

Gustav Wiedemann.

Mit einem Portrait von Thomas Young und in den Text eingedruckten Holzstichen.

8. Fein Velinpapier. geh. Preis 6 Mark.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

Statistischer Beitrag
zu der
Eisenbahntarifffrage.

Von

Dr. Hermann Scheffler.

4. Fein Velinpapier. geh. Preis 3 Mark.

Das Reichseisenbahnproject
vom
volkswirthschaftlichen und finanziellen Standpunkte
auf
Grund amtlicher Statistik
beleuchtet von
Gustav Runde.
gr. 8. geh. Preis 80 Pf.

Pettenkofer's Populäre Vorträge.

gr. 8. Fein Velinpapier. geh.

Erstes Heft: Beziehungen der Luft zu Kleidung, Wohnung und Boden. Drei populäre Vorlesungen gehalten im Albert-Verein zu Dresden am 21., 23. und 25. März 1872. Mit in den Text eingedruckten Holztichen. Dritter Abdruck. Preis 2 Mark 40 Pf.

Zweites Heft: Ueber den Werth der Gesundheit für eine Stadt. Zwei populäre Vorlesungen, gehalten am 26. und 29. März 1873 im Verein für Volksbildung in München. — **Ueber Nahrung und Fleisch-extract.** Schreiben an Herrn Joseph Bennert, Generalagent der Liebig's Extract of Meat Company. Zweiter Abdruck. Preis 1 M. 20 Pf.

Drittes Heft: Zum Gedächtniss des Dr. Justus Freiherrn v. Liebig. Rede, gehalten im Auftrage der mathematisch-physikalischen Klasse der Königl. Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu München in der öffentlichen Sitzung am 28. März 1874. — **Ueber Hygiene und ihre Stellung an den Hochschulen.** Preis 2 Mark.

Populäre wissenschaftliche Vorträge

von

H. Helmholtz.

gr. 8. geh.

Erstes Heft. Mit 26 in den Text eingedruckten Holztichen. Zweite neu durchgearbeitete Auflage. Preis 2 Mark 50 Pf.

Zweites Heft. Mit 25 in den Text eingedruckten Holztichen. Zweite neu durchgearbeitete Auflage. Preis 3 Mark 50 Pf.

Drittes Heft. Mit in den Text eingedruckten Holztichen. Preis 2 M. 40 Pf.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

Theorie des Bevölkerungswechsels.

Abhandlungen zur angewandten Mathematik

von

G. F. Knapp.

gr. 8. Fein Velinpap. geh. Preis 4 Mark.

W. Assmann's

Geschichte des Mittelalters,

von

375 — 1492.

Zur

Förderung des Quellenstudiums, für Studirende und Lehrer der
Geschichte, sowie zur Selbstbelehrung für Gebildete.

Zweite umgearbeitete Auflage

von

Dr. Ernst Meyer.

(Zugleich als zweiter Theil zu Assmann's Handbuch der
allgemeinen Geschichte.)

Erste Abtheilung, bis zum Anfange der Kreuzzüge.

gr. 8. geh. In zwei Lieferungen. Preis à 3 Mark 60 Pf.

Der Schall.

Acht Vorlesungen, gehalten in der Royal Institution von Grossbritannien

von

John Tyndall,

Professor der Physik an der Royal Institution zu London.

Autorisirte deutsche Ausgabe

herausgegeben durch

H. Helmholtz und G. Wiedemann.

Zweite Auflage.

Mit in den Text eingedruckten Holzstichen. 8. Fein Velinpapier.

geh. Preis 6 Mark.

Die Wärme

betrachtet als eine Art der Bewegung

von

John Tyndall,

Professor der Physik an der Royal Institution zu London.

Autorisirte deutsche Ausgabe, herausgegeben durch

H. Helmholtz und G. Wiedemann

nach der fünften Auflage des Originals.

Dritte vermehrte Auflage.

Mit zahlreichen in den Text eingedruckten Holzstichen und einer Tafel.

8. Fein Velinpapier. geh. Preis 9 Mark.

Von dem Verfasser sind folgende Werke erschienen:

- Die mechanischen Prinzipien der Ingenieurkunst und Architektur.
2 Bände. Auf Grundlage des englischen Werkes von Moseley.
- Die Prinzipien der Hydrostatik und Hydraulik. 2 Bände.
- Die Theorie der Gewölbe, Futtermauern und eisernen Brücken.
- Die Theorie der Festigkeit gegen das Zerknicken.
- Die Elastizitätsverhältnisse der Röhren, welche einem hydrostatischen Drucke ausgesetzt sind.
- Über Gitter- und Bogenträger und
- Über die Festigkeit der Gefäßwände, insbesondere über die Haltbarkeit der Dampfkessel und die Ursachen der Explosionen.
- Die Berechnung der Fontäne zu Herrenhausen.
- Imaginäre Arbeit.
- Die Ursachen der Dampfkesselexplosionen und das Dampfkesselthermometer als Sicherheitsapparat.
- Die Wirkung zwischen Schiene und Rad.
- Über das Verhältniss der Arithmetik zur Geometrie, insbesondere über die geometrische Bedeutung der imaginären Zahlen.
- Der Situationskalkül.
- Die unbestimmte Analytik.
- Die Auflösung der algebraischen und transzendenten Gleichungen.
- Methodus nova aequationem indeterminatam secundi gradus duas incognitas implicantes per numeros integros solvendi.
Dissertatio inauguralis.
- Die Transportkosten und Tarife der Eisenbahnen.
- Statistischer Beitrag zur Eisenbahntarifffrage.
- Die officiële Orthographie der Herzogl. Braunschweigischen Eisenbahn- und Postdirection.
- Die Umbildung der deutschen Rechtschreibung.
- Körper und Geist.
- Die physiologische Optik.
- Die Gesetze des räumlichen Sehens. Supplement zur physiologischen Optik.
- Die Theorie der Augenfehler und der Brille.
- Sterblichkeit und Versicherungswesen.
- Die Theorie der Wärme.
- Die Naturgesetze (im Erscheinen begriffen).



206\$07958064